machen sei. Kredite sind nun wohl nicht zu haben, dafür jedoch eine stark einsetzende Inflationskonkurrenz von seiten Englands und Frankreichs, als auch von anderen Ländern, deren Währung ins Wanken gerät, z. B. Dänemark. Eine weitere Einschränkung der Produktion muß die Folge sein, weil selbst eine 14stündige Arbeitszeit nicht genügen würde, diese Konkurrenz zu unterbieten. Die Einstellung der Unterstützungen für das Ruhrgebiet ist somit die erste Folge. Infolge der Unmöglichkeit, die Erwerbslosen unterzubringen und so weitere Steuerquellen zu erschließen, wird die Republik mit der Einstellung der Erwerbslosenunterstützung nur einem „zwingenden Gebot der Stunde" folgen, in der Hoffnung, daß die Erwerbslosen begreifen, daß sie im Interesse des Vaterlandes etwas rascher verrecken müssen, um eine neue Inflation zu verhüten. — Es kracht schon wieder in allen Ecken und Kanten, und sehr bald wird der innere Ausverkauf beendet sein, und die momentan scheinbare Ruhe wieder in die Binsen gehen. Die Demokratie kann sich nicht einmal mit dem „sozialen Inhalt" eines Zuchthauses mehr begnügen, sie muß ihre Gefangenen möglichst rasch und billig ins Jenseits befördern, und wird sie dort hin befördern, wenn die zum Tode verurteilten Lohnsklaven nicht bald begreifen, daß sie ihr Schicksal als Todeskandidaten nur abwenden können, wenn sie der demokratischen Republik mit samt ihren Demokraten und Sozialdemokraten nicht selbst durch die Revolution das Genick abdrehen.

Der moderne Strafvollzug

In einem Artikel in der illustrierten Beilage des „Vorwärts" „Volk und Zeit", Nr. 3, kommt die widerlichste Heuchelei der sozialdemokratischen Lakaien zum Ausdruck. Der Schreiber des Artikels C. Lt. bezeichnet, preist unsere jetzige Zeit als eine glückliche, wo es keine Folterkammer, Feuertod oder sonstige Qualen gibt. Er schreibt wörtlich:

„Der moderne Strafvollzug sieht in dem Gefangenen nicht das Objekt, das man zu steinigen und zu plagen sucht, sondern den Menschen, den man durch verständnisvolle Behandlung auf den rechten Weg zu leiten bestrebt ist. Zu den Erziehungsmitteln gehört in erster Linie die Arbeitsbeschäftigung, die soviel Tagesstunden einnimmt, als durch Gesetz gestattet ist. Aber auch während der freien Zeit wird für das geistige Wohl der Gefangenen gesorgt, um die Eintönigkeit des Gefängnislebens zu unterbrechen. In neuerer Zeit ist man dazu übergegangen, den Geist der Strafanstaltsinsassen durch Vorträge und Konzerte usw. anzuregen, ihnen einen Lichtstrahl von der Außenwelt hinter die Mauern zu schicken, sie durch den Genuß des Gehörten auf das Gute und Schöne in der Welt hinzuweisen und sie dadurch wieder zu nützlichen Gliedern der Gesellschaft zu erziehen!"

Dann lobt er die Künstler, Sänger und Arbeitergesangvereine, die sich in den Dienst der guten Sache gestellt haben und den Gefangenen patriotische oder fromme Lieder vorsingen. Zum Vortrag kamen in der betreffenden Anstalt folgende Lieder: Nach Griegs „Vaterländisches Lied", dann von Schubert „Herr, den ich tief im Herzen trage", Gesänge der „Tempeiszene" aus Mozarts „Zauberflöte" usw. Weiter schreibt die widerliche Lakaienseele, daß solche Veranstaltungen für die Gefangenen eine Vergnügung ist, d. h. wer sich gut führt, wird von der Teilnahme an den Genüssen ausgeschlossen.

Schamloser sind wohl die Proleten nie verhöhnt worden und widerlicher ist wohl selten die Klassenjustiz der Neu-Zeit verherrlicht worden. Wir wollen zunächst an Schriften und Reden von alten Sozialdemokratie erinnern, Bebel und Wilhelm Liebknecht, wie sie gerade die Gemeinheiten und die Willkür der preußischen Strafanstalten bekämpften.

Dann die Schrift von dem noch lebenden Eugen Ernst über „Polizei und Spitzelwesen". Sepp Oerter hat ein Buch geschrieben „8 Jahre Zuchthaus". In dem er eingehend das System des Zuchthauses und das Leben der Gefangenen schildert. Er geht speziell ein, auf das „Erziehungsmittel der Arbeit". Wo von jedem nach kurzer Lehrzeit Pensum verlangt wird. Wenn es nicht geleistet werden kann, wird Faulheit oder Arbeitsscheu angenommen. — Dunkelarrest — Wasser — Brot, sind die weiteren Erziehungsmethoden. Der so Gepeinigte kommt noch geschwächter heraus, vorschriftsmäßiges Pensum nun erst recht unmöglich und die Erziehungsmethoden wiederholen sich solange, bis das Opfer dieser bestialischen Systems zusammenbricht. Sepp Oerter schildert erschütternd, wie das Rederverbot qualvoll wirkt, und gerade von den „kriminellen Verbrechern" am meisten durchbrochen wird. Wo sieht man hier den Menschen in den Gefangenen. Wenn sich die Zuchthaustore hinter ihm schließen, ist er oft für immer aus der menschlichen Gesellschaft ausgeschlossen. Er, der jetzt gekleidet, äußerlich und innerlich gezeichnet ist, der geschoren, in Sträflingskleider mit einer Nummer versehen, hat aufgehört Mensch zu sein, ist nur noch Nummer. Gleichzeitig ist er jetzt der Dummheit und Willkür von vielhisch rohen Beamten (Henkersknechten) ausgeliefert.

Aber wird man sagen, diese Zeiten liegen 10—20 Jahre zurück — wir haben doch von dem guten, modernen Strafvollzug geredet.

Nun gerade die letzten fünf Jahre sind noch viel zu frisch in Erinnerung, um diesen grausamen Hohn nicht noch mehr zu empfinden. Die letzten fünf Jahre, unter der freiesten Republik der Welt wiegen die Grausamkeiten von 100 Jahren vorher auf. Dicke Bücher könnte man über diese Dinge schreiben. Wie der alte Kadavergehorsam, Kasernenhofdrill, raffinierte Gemeinheit und Schurkereien wahre Orgien in allen Gefängnissen und Zuchthäusern feiern, daß erst Hungerstreik und sogenannte Meutereien Zeugnis für die „verständnisvolle" Behandlung ablegen müssen. Mit strenger Bestrafung der Rädelsführer und Strafversetzung der Beteiligten, hofft man jeden Widerspruch zu ersticken. Eine Rundfrage durch die Strafanstalten auf „verständnisvolle Behandlung als Mensch", aber bei den Gefangenen, nicht Direktion, würde eine so furchtbare Anklage der modernen Zivilisation sein und würde die ganze Perversität der untergehenden kapitalistischen Gesellschaftordnung kraß aufzeigen.

Wir wollen jetzt gar nicht von den politischen Gefangenen reden, sondern von den „gemeinen Verbrechern". Durch wen sind sie „schuldig" gesprochen? Schon Schiller sagt: „Erst laßt Ihr den Armen schuldig werden, dann überfallt Ihr ihn der Pein". Dieselbe Gesellschaft, die über sie Gericht sitzt, hat sie doch erst dahin gebracht. Nicht aus Uebermut oder Ueberfluß stiehlt jemand, sondern erst durch schlechte Entlohnung in die elendste soziale Lage gedrängt. Oft durch Arbeitslosigkeit und Krankheit von dieser Profit-Gesellschaft auf die Straße gespieen, fängt dieselbe „göttliche Weltordnung" Ihre Sklaven wieder in den Strafanstalten auf, um hier in Zwangsarbeit umsonst die Arbeitskräfte auszubeuten.

Straf-Anstalt! Wofür sollen diese Menschen bestraft werden? Daß sie ihr ganzes Leben in bitterster Armut ohne Licht und Sonne, wie das Vieh aufwachsen und nicht gutwillig krepieren wollen, sondern sich etwas zum leben holten?

Und die, die sich zur führen, d. h. sich widerspruchslos diesem System fügen, dürfen sich dann alle Jahre ein- bis zweimal patriotische und fromme Lieder anhören — und dadurch hofft man, sie wieder zu „nützlichen Mitgliedern der Gesellschaft zu erziehen".

Nur erst dann werden sie das Letztere werden, wenn sie als Mensch wohnen und leben können, wenn die kapitalistische Un—Ordnung beseitigt. Nur die Bedarfswirtschaftsweise und Kommunismus können diese Dinge endgültig lösen. Dafür zu kämpfen ist unser aller Ziel. Dann aber werden wir diesen heutigen Verrätern ein Lied vorsingen, daß ihnen Hören und Sehen und Heucheln vergehen wird, und der moderne Strafvollzug, das Volkstribunal, wird mit liebevollem Verständnis sie so behandeln, wie sie es verdient haben.

Wirtschaft

Der „Preissturz"

Die Rentenmark hat nicht nur eine Stabilisierung der Preise, sondern sogar einen Preisabbau zuwege gebracht. Und alle Kleinbürger, die infolge des sie umgebenden Illusionennebels nicht über die eigene Nasenspitze hinweg sehen können, jubeln, daß nun die „gute alte Zeit" wieder im Anzug begriffen sei. Der „Vorwärts" meint, daß die Sozialdemokratie immer „recht" hatte, weil sie ja schon vor Jahren die Stabilisierung der Valuta verlangte. Man muß sich wundern, daß SPD. und Gewerkschaften nicht schon 1918-19 das „wertbeständige Geld" schufen, als sie die absolute Macht im Staate hatten. Oder noch besser hätten sie es 1914 schaffen können, statt die Proletarier zur „Vaterlandsverteidigung" und zum Halsabschneiden aufzufordern. Auch der bornierteste Kleinbürger wird hier erkennen, daß die Rentenmark resp. ihr „Preissturz" ebenso die Auswirkung bestimmter realer Ursachen sind, als der Krieg es war.

Zuerst ist die Tatsache festzustellen, daß die Preise — an der Rentenmark gemessen — von Woche zu Woche um 1 bis 2 Proz. zurückgehen. Für das Proletariat als Klasse hat dieser Preisabbau nur eine verschwindende Bedeutung. Nur wenige und kleinere Schichten werden Vorteil daraus ziehen. Mit dem 1. Februar tritt eine Erhöhung der Fahrpreise um 150 Prozent ein und die Mieten werden bedeutend erhöht. Die auf der Straße liegenden 4 Millionen Arbeitssklaven und die mit dem Kündigungsbrief in der Tasche auf dem Abbauetat Stehenden, werden diesen Preisabbau ebensowenig als eine Gesundung ansehen, als die Proletarier in den Betrieben, denen die Löhne immer um eine Kleinigkeit mehr abgebaut werden als die Preise. Schon diese Tatsachen deuten an, daß der Preisabbau als Folge der Valutastabilisierung kein Mittel zur Gesundung, sondern Keime und Symptome der fortschreitenden Krankheit der Wirtschaft sind.

Andeutungsweise mögen erst die Ursachen des tatsächlichen Preisabbauses gestreift werden:

Grundstoff des industriellen Produktionsprozesses und Preisregulator für alle Waren ist die Kohle. Zur Zeit der Inflation mußte der Preis als Zeche bezw. beim jeweiligen Besitzer so bemessen werden, daß er alle Markverluste auf ihrem Wege über die Syndikate, Grossisten, Kleinhändler bis zur Bezahlung durch den Konsumenten in sich schloß. Je kühner die voraussichtlichen Markverluste an der Quelle der Preiskalkulation geschätzt und auf die Grundpreise aufgeschlagen wurden, desto mehr entwertete sich die Mark und vielfach hatten die Instanzen, welche die Kohle durchwanderte, Verlust, zehrten von der Substanz. Der Proletarier, der nur wenig Substanz zuzusetzen hatte, zehrte von seinem Mark und Bein. Als die Einkalkulierung des zu erwartenden Valutaverlustes bis Eingang der Kaufpreise, infolge Stabilisierung der umlaufenden Zahlmittel nicht mehr nötig war, konnten nun diesen Betrag oder um einen Teil derselben die Preise herabgesetzt werden.

— So verhält es sich mit allen Waren. Außerdem aber bewirkt schon eine Herabsetzung der Kohlenpreise eine Preisherabsetzung aller Industrieprodukte. Die Ursache des Preisabbaues ist also eine sich zwangsläufig ergebende. An der Ursache der Zerrüttung der Wirtschaft ist dadurch nicht ein Jota gebessert. In Gegenteil, der Preisabbau wirkt als Wechselwirkung weiter zerstörend.

Eine entscheidende Bedeutung im Abbau der Preise für Lebensbedürfnisse fällt den Agrarprodukten zu. Die oben angedeuteten Momente berühren sie nur zum Teil. Die Landwirtschaft produziert heute wohl um den Teil billiger, den ihre Bedarfsgegenstände im Preise gefallen sind. Dies macht indes nur einen Teil des Preisabbaues der Agrarprodukte aus. Die Landwirtschaft konnte während der Inflationsperiode fast gar nichts verkaufen, da sie ihre Bedürfnisse nicht decken kann beim Verkauf ihrer Produkte, sondern nach Bedarf. Verkaufsmöglichkeit trat für die Landwirtschaft erst ein, als sie wertbeständige Zahlungsmittel erhielt, die sich im Kasten nicht von einem Tage zum anderen verminderten. Während Industrieprodukte — selbst an der Rentenmark, d. h. am amerikanischen Dollar gemessen — immer noch erheblich über den Vorkriegspreisen (und über dem Weltmarktpreise) stehen, sind Agrarprodukte zum Teil bedeutend unter diesen gefallen. Vor dem Kriege kostete der Weizen in Berlin 204 M, heute dagegen 153—155 M für die Tonne. Der Roggen ist also heute 49 bis 51 M oder etwa 25 Proz. billiger als damals. Roggen früher 172 M, gegenwärtig 136—140 M, also 32—36 M, oder rund 20 Proz. weniger als in der Vorkriegszeit. Da die Landwirtschaft (mit ihrer Rentenbank) heute aber tatsächlich die politische Macht ausübt und der treibende Faktor der Abbauordnung ist, kann das schon nicht zu tun haben mit dem guten Herzen der Agrarier, die schon rücksichtslos alles ertrosseln, als sie noch weniger Macht hatten. Die Landwirtschaft hat alle Speicher voll Produkte und muß verkaufen, um für ihren Bedarf Geld in die Hände zu bekommen. Ihr Geldbedarf zum Frühjahr ist groß, die Kaufkraft aber herabgesunken. Es gibt mehr Agrarprodukte als Bedarf, die Preise werden herabgesetzt. Gedrängt zu Preisabschlüssen werden die deutschen Agrarier durch das Ausland. Die deutschen Preise stehen über Weltmarktpreis, das Ausland liefert nach Deutschland billiger, als deutsche Produzenten es vermögen. Selbst französischer Weizen ist billiger als deutscher. Ein weiterer preisdrückender Faktor ist die Agrarkrise der ganzen Welt. Infolge der zerstörten Kaufkraft im Proletariat leidet die Agrarwirtschaft der Gegenwelt am Absatzmangel. Selbst in reinen oder vorwiegenden Agrarstaaten — Australien, Kanada, Südamerika, Nordamerika — erhält die Landwirtschaft Staatsunterstützung. In der bankrotten deutschen Novemberrepublik ist das umgekehrt, die Landwirtschaft muß der Staat geldlich unterstützen, sollen nicht selbst die weißen Ordnungshüter rebellieren. Um den geringen deutschen Bedarf bewerben sich viele Waren in- und ausländischer Herkunft. Das alles zusammengenommen sind die Ursachen des Preissturzes.

Zusammen aber — im Vordergrund der „Preissturz" — sind es Symptome der fortschreitenden Erkrankung des Wirtschaftskörpers. Während der Inflation zehrten Staat und Industrie von der Substanz. Trotzdem der Staat seine Riesenlast Trillionenschulden los wurde auf Kosten des Proletariats und der Mittelständler, wurde er ausgepumpt vom Schwerkapital, das Kleinkapital vom Großkapital. Die Industrie wieder zehrte von der Substanz infolge Absatzmangels, deren eine Auswirkung der Wirtschaftskrieg an der Ruhr war. Nur die Landwirtschaft hielt ihre Substanz zusammen. Heute dagegen beginnt auch die Landwirtschaft von der Substanz zu zehren. Auch für diese kommt die Zeit der Industrie. Auch sie wird das Land unbebaut lassen, statt Geld zuzusetzen, hauptsächlich, wenn gar nichts mehr zuzusetzen ist. Die vielumworbene Kaufkraft des deutschen Inlandes kann das deutsche Industriekapital schon nicht mehr ausnützen. Es bekommt für die Rentenmark im Auslande weder Rohstoffe noch Kohlen und muß den Inlandsmarkt ungenützt lassen. Für die Auslandsproduktion wieder fehlt der Absatz. Auch, wenn die deutschen Proletarier sich nochmals die Hälfte ihrer Löhne abbauen lassen und länger schuften, das Ausland folgt auf dem Fuße. Außerdem können nur ausgemachte Schwachköpfe annehmen, daß der verlodderte Provduktionsapparat der deutschen Industrie und Landwirtschaft gegen den hochentwickelten Amerikas wird konkurrieren können.

Das private Kapital muß versuchen durch Lohndrückung und Arbeitszeitverlängerung zwecks rationellerer Ausnützung der Produktionsmittel und Schaffung eines lohndrückenden Reserveheeres auf den Weltmarkt zu kommen. Denn nur für Devisen bekommt es Rohstoffe und Kohlen. Es hat kein Interesse am Inlandsmarkt. Die Kaufkraft wird zerstört, die Steuerkraft geschwächt. Das Agrarkapital muß den Staat erhalten. Es zwingt ihn zum Abbau der Arbeiter und Beamten, zerstört Kaufkraft und Steuerzahlung, zerstört sich seine Absatzmöglichkeit, seine eigene Grundlage. Reich, Staaten, Gemeinden drucken Geld oder „Anleihen", die als Geldersatz umlaufen, bringen die deutsche Wirtschaft im Auslande in Mißkredit. In Frankreich ist die Inflation im Gange, in England arbeitet man darauf hin, die in Deutschland durch den Preisabbau erzielte Wirkung wird dadurch wieder illusorisch. Der Geldbedarf des Reiches, der Staaten und Gemeinden kann nur zu einem Bruchteil durch Steuern gedeckt werden. Zusammenbruch oder neue Inflation ist notwendig. Inflation ermöglicht die Hinausschiebung des Zusammenbruches. Also wird die neue Inflation das Nächste sein. In dieser Kette von Wirkung und Wechselwirkung ist der Preissturz ein Symptom der Krisenverschärfung des sterbenden Kapitalismus.

Aus der Partei

Bezirkskonferenz Berlin-Brandenburg

Partei und Union (20. 1. 24.)

Vertreten waren: Eberswalde, Forst, Fürstenwalde, Oranienburg, Königswusterhausen, Kottbus, Stendal und Rüdersdorf. — Hauptamtsschuld der Partei: RAA. der Union, Berliner AA. der Partei und Union, VRUK., Jugend. Als Außenbezirke von Groß-Berlin: 13., 15. und 21. Bezirk.

Tagesordnung:

1. Politische Lage, Partei und Union.
2. Organisatorisches.
   a) Organisatorisches.
   b) Berichte der Ortsgruppen.
   c) Berichte der Obleute Berlin-Brandenburg über ihre Tätigkeit.
   d) Agitations- und Propaganda-Möglichkeiten im Orte und der Umgegend. Stützpunkte — Presse — Oeffentliche Versammlungen.
   e) VRUK.
   f) Jugend.
3. Verschiedenes.

Punkt 1:

Der Referent legte in kurzen Umrissen, von der Todeskrise des Kapitals ausgehend, die politische und wirtschaftliche Lage dar. Genau so eingehend und treffend wie unsere Presse dies seit ihrem Bestehen getan hat. Besonders wurde die neue englische Arbeiterregierung stark unter der Lupe genommen. Auf das ganze Referat einzugehen, erübrigt sich. Eine gründliche, längere Diskussion, vervollständigte das Gehörte noch in einigen Punkten. Es zeigte sich hierbei, daß in den Gruppen, wo eine starke in sich klare Parteimitgliedschaft vorhanden ist, die Union in jeder Beziehung gut arbeitet und vorwärtskommt.

Punkt 2:

Aus den Berichten der Ortsgruppen, war zu ersehen, daß ein ziemlich guter und bewußter Kern der Union und Partei vorhanden ist. In einzelnen Gruppen kann und muß natürlich intensiv und aufopfernder gearbeitet werden. Allenthalben kann zum Ausdruck, daß auch in allen Orten der Provinz die Unternehmer den Zehnstundentag mit allen Mitteln versuchen einzuführen.

Rege Diskussion erfolgte nach Verlesung der Richtlinien der VRUK., in welcher zum Ausdruck kam, den Opfern der revolutionären Bewegung mit allen Mitteln zu helfen.

Stützpunkte für das Jungproletariat mit Hilfe der Partei und Union für die KAJ. zu schaffen, um der Jugend den Weg des bewußten Klassenkampfes zu weisen, war die Quintessenz des Punktes: „Jugendfrage".

Propaganda- und Agitationsmöglichkeiten wurden so gründlich und umfassend besprochen, daß, wenn nur ein Teil in die Wirklichkeit umgesetzt wird, für die Zukunft das Beste in den Ausgaben fließig gemacht werden sollen. Der sogenannte ordentliche Staat des französischen Haushaltes ist auch nur auf dem Papier im Gleichgewicht. Wie hoch in Wirklichkeit das Defizit ist, darüber ist keine Schätzung möglich. Seit den ersten Kriegsjahren ist keinerlei Rechnungslegung über die effektive Höhe der Einnahmen und Ausgaben mehr erfolgt, trotzdem ein besonderes Gesetz aus dem Jahre 1921 dies angeordnet hat. Bisher betrug das Defizit des ordentlichen Etats 30 bis 40 Milliarden jährlich. Seit Kriegsende hat der französische Staat in der Hauptsache vom Kredit gelebt, ohne das bis zum Beginn der Ruhraktion die französische Währung darunter gelitten hätte. Es konnte auch damit rechnen, dies weiterhin tun zu können. Die außerordentliche Sparkraft des Landes, welch auf die frühere Frankreich zum Bankier der Welt gemacht hatte, hatte es ermöglicht, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete aus eigener Kraft zu finanzieren. Außerdem noch das erhebliche Defizit durch Anleihen zu decken und schließlich auch noch die notwendigen Mittel zur Finanzierung seiner europäischen Hegemoniepolitik zur Verfügung zu stellen. Das Vertrauen in die Finanzkraft hat Frankreich dann verliert, welch auf die Reparationen mehr und mehr zu verzichten und an deren Stelle durch Besetzung des Ruhrgebietes sich einen teilweisen Ersatz zu sichern. Die französische Regierung hat auf der Londoner Konferenz im Herbst 1922 das finanzielle Ergebnis der Ruhrbesetzung auf zwei bis zweieinhalb Milliarden Goldmark jährlich veranschlagt. Diese Kalkulation hat sich als vollkommen falsch erwiesen. Seit Beginn des Jahres 1923 ist ein starkes Fallen des Franken eingetreten. Die Besetzung hat ungeheure Kosten verursacht, die in keinem Verhältnis zu den Einnahmen standen. Während sich bei einer Friedensparität von 5,18 gegenüber dem Dollar sich der Kurs in den Jahren 1918 bis 1918 zwischen 5,52 bis 5,88 hielt, und sogar am 31. Dezember 1918 auf 5,45 stand und nur allmählich bis Ende 1922 auf 14,04 stieg, trat eine rapide Änderung im Jahre 1923 ein. Die ersten zwei Quartale wiesen noch mittlere Durchschnittskurse von 15,74 bis 15,32 auf und zeigten damit eine überraschende Widerstandskraft des Francs. Erst die letzten Dezembertage brachten ein schnelleres Tempo. Der Dollar schnellte auf über 19 empor. Die ersten 14 Tage 1924 brachten einen weiteren Fall des Francs auf 23 für einen Dollar. Die von der französischen Regierung eingeleitete Stützungsaktion kann nur für eine verhältnismäßig kurze Zeit eine Stabilität des Franken schaffen. Es fehlen vollkommen die Voraussetzungen für eine Steigerung der Einnahmen. Die fran-

Mitteilung

An die Ortsgruppen im Reich

Wir benötigen von dem Jahrgang 1923 die Nr. 1 („Rote Jugend") mit der Ueberschrift: Guno, der ehrliche Makler. Die Ortsgruppen werden ersucht, vorhandene Exemplare einzusenden.

Weiterhin machen wir darauf aufmerksam, daß die Zeitungsbehördung nach wie vor an der bekannten Stelle zu erfolgen hat.

Zeitungsvertrieb Groß-Berlin.

Verantw.: Sengebusch, Köln. — Herausg. von der KAPD
Druck: Karl Hergmann, Berlin.

Proletarier

Zeitschrift für Kommunismus

Nr. 8, Jahrgang 5 | Januar 1924 | Preis 0,15 Goldmark

Die Lage des französischen und englischen Kapitals

Trotzdem die finanzielle und wirtschaftliche Lage Englands und Frankreichs von ausschlaggebender Bedeutung für die weitere Entwicklung der deutschen Wirtschaft ist, beschäftigt sich die bürgerliche Presse äußerst wenig mit den Konsequenzen, welche aus dieser für das deutsche Kapital entstehen. Sie befaßt sich augenblicklich allzu sehr mit dem Verbreiten der „Märchenstimmung" über die gegliickte Stabilisierung der Mark. Allmählich nehmen aber auch die kritischen Auslassungen über die gefährdete Zukunft einen größeren Raum ein. Auf dem Papier liegt ein Haushaltsplan fix und fertig da, der einem Ausgleich zwischen Einnahmen und Auslagen enthält. In diesem Haushaltsplan fehlen aber vollkommen die Ausgaben für die Reparationsleistungen, die Besatzungskosten und die an die Schwerindustrie zu zahlenden Beträge für die Sachleistungen. Der Vorstand der Rentenbank, welcher sich allmählich zu einem Ueberwachungsorgan für die deutsche Finanzwirtschaft herausgebildet hat, verlangt von der Regierung die Einstellung der Zahlung für die Besatzungskosten. Dieser Schritt würde zu neuen erheblichen Komplikationen führen. Er würde geradezu einer Kriegserklärung an Frankreich gleichkommen. Es muß ganz offen ausgesprochen werden, daß die deutsche Landwirtschaft, welche die Führung innerhalb der Rentenbank inne hat, einen derartigen Schritt wünscht. Sie möchte sich von den Zuschüssen an die Schwerindustrie befreien. Sie kann dies nur, wenn das französische Kapital den entscheidenden Schritt in der Ruhrfrage macht. Sie sucht daher dem französischen Kapital eine günstige Gelegenheit dazu zu bieten. Die Verweigerung der Zahlung der Besatzungskosten wäre das beste Mittel, um diese Frage ins Rollen zu bringen. Nach außen hin bildet die Notwendigkeit der Stabilisierung der deutschen Währung einen sehr guten und anscheinend auch triftigen Grund. Das deutsche Kapital kann immer wieder darauf hinweisen, daß ein Scheitern der von ihm „schon durchgeführten" Stabilisierung auf die Haltung des französischen Kapitals zurückzuführen sei. Es kann damit eine neue Aera der Erfüllungssabotage einleiten. Es kommt ihm vor allem darauf an, eine Beschleunigung in der Lösung der Reparationsfrage zu erreichen. Die augenblickliche Konstellation, insbesondere die augenblickliche englische Arbeiterregierung erscheint ihm äußerst günstig. Der begonnene Wiederaufbau bildet nach außen hin die beste Unterlage für den Nachweis seines Erfüllungswillens. Es ist sich wohl bewußt, daß die Gewährung eines Moratoriums hauptsächlich von der Haltung des französischen Kapitals abhängig ist.

Das französische Kapital befindet sich augenblicklich in einer starken Krisis. Es sieht zwar zum ersten Mal nach dem Jahre 1914 Anstrengung, um den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Es hat eingesehen, daß ein weiteres Sinken des Franken nicht aufzuhalten ist, wenn es nicht daran geht, die Mittel zur Deckung des bisher ausschließlich aus Anleihen bestrittenen besonderen Teils des Haushalts die sogenannten „Dépenses récouvrables" durch die Steuer zu decken. Als Dépenses récouvrables bezeichnete man die Ausgaben, deren Deckung man aus den deutschen Reparationsleistungen erwartete. Sie haben augenblicklich die sehr beträchtliche Höhe von ca. 150 Milliarden Francs erreicht. Die vorgeschlagenen Steuern sind aber inzwischen fast sämtlich abgelehnt worden. Selbst, wenn sie angenommen wären, so war es doch sehr fraglich, ob sie zur Deckung ausgereicht hätten. Der Voranschlag der Regierung für das Reparationsbudget rechnete mit rund 7,5 Milliarden Francs, von denen 4,5 Milliarden durch den 20proz. Steuerzuschlag, 2 Milliarden durch schärfere Erfassung der Personalsteuern vom Aufwand und dem Vermögensbesitz und der Rest durch Ersparnisse in den Ausgaben flüssig gemacht werden sollten. Der sogenannte ordentliche Staat des französischen Haushaltes ist auch nur auf dem Papier im Gleichgewicht. Wie hoch in Wirklichkeit das Defizit ist, darüber ist keine Schätzung möglich. Seit den ersten Kriegsjahren ist keinerlei Rechnungslegung über die effektive Höhe der Einnahmen und Ausgaben mehr erfolgt, trotzdem ein besonderes Gesetz aus dem Jahre 1921 dies angeordnet hat. Bisher betrug das Defizit des ordentlichen Etats 30 bis 40 Milliarden jährlich. Seit Kriegsende hat der französische Staat in der Hauptsache vom Kredit gelebt, ohne das bis zum Beginn der Ruhraktion die französische Währung darunter gelitten hätte. Es konnte auch damit rechnen, dies weiterhin tun zu können. Die außerordentliche Sparkraft des Landes, welch auf die frühere Frankreich zum Bankier der Welt gemacht hatte, hatte es ermöglicht, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete aus eigener Kraft zu finanzieren. Außerdem noch das erhebliche Defizit durch Anleihen zu decken und schließlich auch noch die notwendigen Mittel zur Finanzierung seiner europäischen Hegemoniepolitik zur Verfügung zu stellen. Das Vertrauen in die Finanzkraft hat Frankreich dann verliert, welch auf die Reparationen mehr und mehr zu verzichten und an deren Stelle durch Besetzung des Ruhrgebietes sich einen teilweisen Ersatz zu

Märchenstimmung

Ob der nahende Frühling mit dazu beiträgt, daß sich vieler Proletarier, die noch die Ehre haben, im Produktionsprozeß zu stehen, so einer Märchenstimmung bemächtigt hat, die sie einfach blind macht für alles andere? Die sie ganz gelassen über alles mögliche diskutieren läßt, nur nicht über den Belagerungszustand, der geht doch dem braven Untertan nichts an. Augenblicklich hat er kein Bedürfnis für die hohe Politik. Es ist ja bald die Wahlzeit, na, dann besucht man schließlich ein paar Wahlversammlungen und dann reichts wieder für eine ganze Weile.

Es reicht dann solange, bis man durch die Gesundungskrise plötzlich, ehe mans sich so recht überlegt hat, auf dem Stempelmarkt als Neuling eingetragen wird und dann manchmal, auch nicht immer, zur Erwerbslosenversammlung geht und schließlich, weil man vieles nicht versteht, da man sich doch vorher um nichts gekümmert hat, brüllt: „Seid Euch doch bloß einig", oder „nein, nein, wie ihr's machen wollt, so geht's nicht." Damit ist die Sache der Weltgeschichte für solch ein Gehirn erledigt.

Ist diese Märchenstimmung denn durch irgend etwas berechtigt?

Ein Blick in die bürgerliche Presse, die Ueberschriften genügen doch schon, zeigt auch dem naivsten Gemüt, daß diese Märchenstimmung ein wahrer Zauberglaube ist. Wenn des „Deutschen Reiches" Finanzminister Dr. Luther in seiner Reichsgründungsrede (Radio natürlich) sagt, daß die Wirklichkeit härter denn je sei, und daß alles, aber auch alles von allen Volksgenossen daran gesetzt werden müßte, damit des Reich nicht zum Märchen wird, so hat das sicher seine tiefen Gründe. Und dieser Zauberglaube ist einfach nicht zu verstehen, der da glaubt, daß mit dem „Abbau" schon Schluß gemacht werden könnte. Sogar Männer, deren Wort Gewicht hat, sind nicht von dieser Trunkenheit frei, dem etwas anderes ist es doch nicht. Auch ein Angetrunkener sieht alles im rosigsten Lichte und weil er's auch zugleich doppelt sieht, hat er auch einen zweifachen Genuß, wie Heine in seiner „Harzreise" sagt. Da ja nun auch die Bockbierfeste nebst ihren Wirkungen sich bemerkbar machen, so ist ein Teil dauernd in einer Märchenstimmung und der andere wird den Katzenjammer gar nicht los. In fetter Ueberschrift bringen die bürgerlichen Pressereptilien die Meldung vom Rückgang der Erwerbslosen. Fürwahr ein erfreuliches Zeichen für die Spießer, ist doch wieder eine Seite seiner zwiespältigen Seele etwas beruhigt worden.

Was von diesen Meldungen zu halten ist, weiß das Proletariat. Gezählt werden nur die amtlich gezählten und unterstützten Erwerbslosen und da nun viele die Zwangsarbeit für den bankrotten Magistrat in Berlin wie wohl auch in anderen Städten ablehnten, so ergibt sich daraus zwangsläufig bei Entziehung oder „riesigen" Unterstützung ein Rückgang der Erwerbslosigkeit. Dann hat sich die Textilindustrie in Mitteldeutschland etwas gehoben, weil man auf teuren Absatz spekuliert, infolge der schlechten Baumwollernte. Dies mag manchem Kleinbürger in eine Märchenstimmung versetzen; doch das Proletariat wird gut tun, sich die Kämpfe all seiner Klassengenossen zu durchdenken, um den kommenden wirtschaftlichen und politischen Stürmen nicht hilflos wie ein Kind gegenüber zu stehen.

In Frankreich dagegen ist alles andere, denn Märchenstimmung. In dem Parlament findet der Froschmäusekrieg statt, um zu entdecken, wer wohl Schuld haben mag an dem Sturz des Franken. Wenn man dem „Vorwärts" glauben darf, soll sogar ein Kammersturm stattgefunden haben um, ja, um was wohl? Na, um des Kaisers Bart, den alle beschrieben und niemand gesehen hat. Das Rätselraten um des Franken Sturz bringt denselben nicht mehr auf die Höhe, weil eben die Grundlage der Währung, die Wirtschaft national wie international, zerstört ist. Mit immer festerem Griff muß das französische Kapital und die französische Regierung, die ja nur das ausführende Organ des Kapitals ist, auch wenn Sozialisten oder sogar Kommunisten das sogenannte Heft in den Händen haben, zupacken, um durch den besiegten Deutschen mit seinen Reparationen aus seinem Finanzelend herauszukommen. Immer mehr Ausgaben erfordert diese Machtfarge in bezug auf das stehende Heer, weil eben Rechtsfragen — Machtfragen sind, und immer mehr verfliegt der Traum auch des französischen Proletariats vom Aufstieg der Nation. Die besiegten sowie die Siegerländer steuern unwiderruflich dem Untergang zu und sind durch parlamentarische Spiegelfechtereien nicht davor zu bewahren. Eine Aenderung kann nur durch die proletarische Revolution, durch eine radikale Umwälzung des bestehenden Systems, durch die Klassenlat des Proletariats gegen die Bourgeoisie und ihren Staat, herbeigeführt werden.

Doch eitel Lust und Wonne, richtiger Zauberglaube, waschechte Märchenstimmung herrscht im Reiche jenseits des Kanals, als durch eine völlige unblutige Revolution das englische Proletariat durch seine Labour-Party die Macht aus der Hand des Königs in Empfang nahm und diesen Akt der „olle gemütliche Mac" mit einem Handkuß besiegelte. Märchenstimmung herrscht auch heute noch bei diesen kleinbürgerlichen Elementen von Arbeiterführern, die sich bei Festessen mit dem Prinzen des englischen Königshauses in fröhlicher Weinlaune rühmen und stolz erklären, daß ihr Patriotismus durch nichts in der Geschichte übertroffen werden kann. Stolz und Dankbarkeit empfinden sie gegenüber diesem Reich, daß solch eine demokratische Verfassung hat, in der man es vom Maschinenputzer bis zum Minister bringen kann und darum auch dieses Reich nebst seiner Verfassung erhalten bleiben muß, mag kommen was da will. Daß diese Märchenstimmung aber nur in den Köpfen der Auserwählten noch herrscht, sehr schnell aber beim englischen Proletariat verschwunden ist, davon legen Zeugnis ab, der englische Lokomotivführerstreik, dem sich jetzt ein Riesenstreik der Dockarbeiter anzuschließen scheint. Besser kann gar nicht dem Proletariat das Unsinnige der Klassenversöhnung und des Klassenausgleichs im Kapitalismus aufgezeigt werden, als wie es in England jetzt bei diesem rasend schnell ablaufenden Film der Arbeiterregierung mit ihrer sogenannten unblutigen Revolution geschieht. Das englische Proletariat wird sehr schnell lernen müssen, daß dieses Reich mit seiner „demokratischen" Verfassung nichts weiter ist oder noch werden wird, wie die „vollendete Demokratie" in Deutschland, nämlich ein „Ordnungsstaat", in dem die Bourgeoisie lebt und gedeiht, und das Proletariat in Disziplin stirbt, weil die der Ordnung entspricht. Sehr schnell wird auch das englische Proletariat sich des russischen Ablegers, der Kommunistischen Partei Britanniens, entliedigen müssen, die sich in dem Sumpf der kapitalistischen Liebedienerei und des ministerialistischen Lakaientums so Wohl fühlt, wie die Sau im Dreck. Zur Klärung der Gehirne des englischen sowie auch des internationalen Proletariats eine sehr zu begrüßende Stellungnahme.

Stimmung, Trauerstimmung herrscht in dem Riesenreich Rußland,

zösische Handelsfinanz ist nach wie vor passiv, auf deutsche Zahlungen ist nicht zu rechnen. Das französische Kapital, das schon an und für sich sehr steuerscheu ist, hat von den Erfahrungen seines deutschen Kollegen gelernt, daß eine Inflation mit ganz erheblichen Gewinnen verbunden sein kann. Es hat auch aus diesem Grunde die vorgeschlagenen Steuern abgelehnt. Außerdem will es das Sinken des Franken zu einem erhöhten Druck auf die anderen Alliierten ausnutzen, damit diese ihm volle Bewegungsfreiheit gegenüber dem deutschen Kapital geben soll. Wir haben hier genau dieselbe Katastrophenpolitik, wie sie das deutsche Kapital betrieben hat.

Das französische Kapital braucht eine weitere Entwertung, um insbesondere gegenüber dem englischen Kapital einen Grund zu schärferen Auftreten zu haben. Die britische Arbeiterpartei, welche augenblicklich die herrschende Stellung inne hat, will gerade in der Außenpolitik ein schärferes Betonen des englischen Standpunktes durchsetzen. Einer der wichtigsten Gründe für die Abdankung der Regierung Baldwin war ihr vollkommenes Versagen gegenüber den französischen Versuchen auf Aufrichtung und Sicherung der französischen Hegemonie in Kontinentaleuropa. Es sind schon im „Proletarier" häufig genug die Gründe dargelegt worden. Die Arbeiterpartei will mit aller Macht den bisherigen Kurs der britischen Politik fortsetzen, insbesondere die europäische Einstellung wahren. Sie hält eine Umstellung der englischen Wirtschaft auf rein industrieller Grundlage, also unter Ausschaltung der Rolle des englischen Kapitals als Verfrachter und Handelsagent des europäischen Kontinents für außerordentlich verhängnisvoll für die britische Arbeiterschaft, weil eine Herrschaft des Industriekapitals eine verstärkte Ausbeutung bedeuten würde. Das Finanz- und Handelskapital mit seinen müheloseren Gewinnen und mit der Möglichkeit, die billigsten Produkte der Welt aufzukaufen, setzt den Arbeitern nicht der scharfen Konkurrenz mit den Löhnen der Kontinentalarbeiter aus und liefert ihm auch gleichzeitig einen hohen Reallohn. Das französische Kapital mit seiner Politik der Aufsaugung und Zusammenschmelzung der kontinentalen europäischen Industrie würde dem englischen Kapital den billigen europäischen Markt nehmen und den europäischen Kontinent zu einem einzigen Wirtschaftskomplex machen. Dieser hätte den englischen Vermittler nicht mehr nötig. Das englische Kapital erwartet von der englischen Arbeiterpartei viel energischere Haltung, als es selbst nach außen hin vertreten kann. Die englische Arbeiterpartei kann mit ihrem moralisch besser durchtränkten Programm, ihrer pazifistischen Phraseologie eine sehr bewußte nationale englische Politik treiben. Sie kann sich dabei auch noch auf die zweite Internationale stützen und so die moralische Unterstützung der in dieser Institution organisierten Arbeiterschaft finden. Eine nationale englische Politik muß sich auch in gewisser Weise für das deutsche Kapital einsetzen. Breitscheid, der ein sehr guter Kenner der englischen Verhältnisse ist, teilt diese Hoffnung des deutschen Kapitals, fügt aber als alter Uebeltäter hinzu, „es solle sich nicht der Illusion hingeben, als ob die englische Arbeiterpartei den deutschen Kapitalisten und Erfüllungssaboteuren bei den bevorstehenden Reparationsverhandlungen die Kastanien aus dem Feuer holen werde".

Die englische Arbeiterpartei hat auch ein ganz bestimmtes Interesse daran, daß dem deutschen Kapital nicht die Bäume in den Himmel wachsen. Das deutsche Kapital soll nach wie vor der billige Lieferant des englischen Kapitals bleiben, oder wenigstens so erhebliche Reparationszahlungen leisten, daß das englische Arbeitslosenheer damit bezahlt werden kann. Es wird auch hier darauf ankommen, ob die englische Arbeiterpartei größere Machtmittel besitzt, als die bisherigen regierenden Parteien. Der einzige Unterschied besteht nur darin, daß eine stärkere moralische Einwirkung auf Amerika zu erwarten ist. Sie will sich auch offiziell mehr auf den Völkerbund stützen und ihn als Waffe wegen des französischen Kapitals ausbauen. Das Ergebnis könnte nur eine stärkere Isolierung des französischen Kapitals sein. Das neue Bündnis zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei und die enge Verbindung mit der kleinen Entente hat aber dem französischen Kapital eine derartige Rückendeckung verschafft, daß seine Stellung auf absehbare Zeit nicht zu untergraben ist. Eine stärkere Bearbeitung mit englischen Krediten läßt aber die angeschlagene Finanzlage nicht zu. Es ist nicht zu verkennen, daß eine gewisse Tendenz eines Aufsteigens der englischen Wirtschaftskurve gegeben ist. Anziehende Großhandelspreise, vermehrte Produktion, sinkende Ziffern der Arbeitslosen, größerer Verkehr, verstärkter Außenhandel und insbesondere wachsende Einfuhr von Rohmaterial zeigen dies auch. Es muß allerdings ein großer Teil dieser Entwicklung auf die Ruhrkonjunktur durchgeführt werden. Trotzdem dauert die Unrentabilität vieler Betriebe, besonders in der für England außerordentlich wichtigen Textilindustrie fort. Aber auch in England kann von einem völligen Ausgleich des Staatshaushaltes nicht die Rede sein. Dies hängt insbesondere mit den erheblichen Zahlungen für den amerikanischen Zinsendienst zusammen. Die englische Wirtschaft trägt nur mit Mühe die ungeheure Steuerlast. Die Anforderungen an Kapital können gerade noch untergebracht werden.

Die englische Arbeiterpartei kann somit eine Aenderung der englischen Politik gegenüber dem französischen Kapital nicht herbeiführen. Sie wird an den harten Tatsachen scheitern. Der größere moralische Schwung ist kein die Geschichte bewegendes Mittel. Deshalb wird auch ihre Herrschaft nur von kurzer Dauer sein.

Unter diesen Umständen kann das deutsche Kapital keine Unterstützung in positiver Richtung erwarten. Der neue Vorstoß des französischen Kapitals, der bald kommen muß, wird die ganze Märchenstimmung bezüglich der Stabilisierung der Mark zerstreuen.

Politische Rundschau

Dummfrech

London, 25. Januar. (Eigener Bericht des „Vorwärts".) Heute wird offiziell bekanntgegeben, daß Macdonald und vier weitere Kabinettsmitglieder infolge ihrer Annahme von Ministersesseln automatisch aus der Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale ausgeschieden sind.

* *

Die vier anderen Mitglieder der Regierung Macdonald, auf die in diesem Telegramm Bezug genommen wird, sind: Henderson, der bisherige Vorsitzende der SAI., T. Shaw, der bisherige Sekretär, Sidney Webb und J. H. Thomas, die beide, ebenso wie Macdonald, Mitglieder des Büros sind.

Das in Hamburg einstimmig angenommene Statut der Sozialistischen Arbeiter-Internationale sieht ausdrücklich vor, daß mit der Annahme eines Ministerpostens die Zugehörigkeit zum Büro der Internationale aufhört. Diese Bestimmung bezweckt, **die Unabhängigkeit des permanenten Organs der Internationale von der Politik der Regierungen zu sichern.** (Im Gegensatz namentlich zur III. Internationale, die immer mehr zu einem bloßen Werkzeug der russischen Regierungspolitik geworden ist.)

Im Hinblick auf die notwendig gewordene Neuregelung dieser Frage ist eine Sitzung des Büros für Anfang Februar bereits in Aussicht genommen.

* *

Es mag ja immer noch Arbeiter geben, die an eine Unabhängigkeit der „sozialistischen" Arbeiter-Internationale glauben; doch der Glaube macht es nicht. Jedenfalls weiß das klassenbewußte Proletariat, daß das Eintreten fürs Kapital jeder Gruppe der sogenannten „sozialistischen" Arbeiter-Internationale eine für die Gruppen sich aus dem Zwang der kapitalistischen Verhältnisse ergebende Notwendigkeit ist. Wer nun in den kapitalistischen Ländern gerade an der Regierung ist, spielt keine Rolle. Die sozialdemokratischen Parteien aller Länder haben genug Schulbeispiele dafür geliefert, daß sie mit Königen, Pfaffen und Junkern und was es sonst noch geben mag, sehr gut im Interesse des Vaterlandes (lies: der Profitwirtschaft) die Einheitsfront bilden können. Daß die III. Internationale ein Herrschaftsinstrument des russischen Kapitalismus geworden ist, ist eine Binsenwahrheit, aber ebenso wahr ist es, daß die ehemalige II. Internationale, jetzt „sozialistische" sich nennend, nichts weiter darstellt, als Stützpunkte in ihrer Gliederung des jeweilig ins Wanken kommenden nationalen Kapitalismus. Wenn die Bourgeoisie am Ende ihres Lateins ist, dann läßt man gern den von den nach vorn drängenden Lakaien die Dekoration übernehmen, um im Hintergrunde desto sicherer und ungestörter für die Stärkung zu arbeiten. Siehe Deutschland als Beispiel und jetzt England mit seinem „Gottesfürchtigen" Macdonald, dessen Leben nicht allzulang sein wird.

Die Marionetten

Ab und zu plaudert ja mal das Berliner Volksblatt, auch „Vorwärts" genannt, die Wahrheit aus, die Wahrheit nämlich über die Demokratie und ihren parlamentarischen, ministerialen Budenzauber. Es soll jetzt mit einmal politische Reichswehrgeneräle geben, die nach Belieben schalten und walten in der freien Republik, sogar Wahlflugblätter der Völkerbefreiendes verbieten, dafür aber deutschvölkische Wahlplakate erlauben. Dies interessiert dem Proletariat ja nicht allzu sehr. Was aber doch etwas Interesse erweckt und von dieser stärksten, demokratischen Stütze bisher mit Feuereifer vertreten wurde, daß durch die Gesetzgebung des souveränen Volkes, vermittels des Stimmzettels, doch der Sozialismus sozusagen langsam und unblutig, aber auch ganz sicher bei guter Konjunktur, eingeführt werden könnte. Jetzt nun, mit einmal, hat man entdeckt, daß dies alles nur Täuschung war und gibt in der Sonntagsnummer vom 26. Januar folgende Erkenntnis wieder, oder ist es nur Spekulation auf die Menschen, die nie alle werden und sogar im „Vorwärts" noch einen Kämpfer für den Sozialismus erblicken. Doch lesen wir:

Lossow, Loibberg, Tschischwitz, Hasse — das sind also die Namen der Männer, die heute im Inland und Ausland genannt werden als die tatsächlichen Repräsentanten der Deutschen Republik; denn sie sind ja die „Inhaber der vollziehenden Gewalt". **Was sonst noch an republikanischen Mienen nach außen hin verhandelt, das ist schließlich nichts anderes mehr als bloße Dekoration.** Die Verfügungen, Genehmigungen, Verbote und schließlich auch die Reden der unpolitischen Generäle müssen aber schließlich auch dem Blindesten klarmachen, daß es höchste Zeit ist, endlich und endgültig dem militärischen Ausnahmezustand ein Ende zu bereiten. Wie lange sollen wir noch warten? Und was soll inzwischen noch geschehen?

Diese Kanaillen glauben durch diese Schreibweise wieder ungeschoren zu machen, was ihre Dekorationen Noske, Hörsing, Severing und überhaupt die ganze Partei für republikanische, demokratische Taten vollbracht haben an dem revolutionären Proletariat, dem der Sozialismus mehr als ein Lippenbekenntnis, dem er immer ernstes Leben war. Noch unverharscht sind die Wunden, wir sehen die Opfer der proletarischen Revolution noch klar vor uns, wir sehen noch die Standgerichte, wo neben dem weißen Offizier der rotschillernde Kleinbürger in Gestalt eines verknöcherten Gewerkschaftsbesitzers saß — und „Recht" sprach.

* *

Daß nichts vergessen wird, auch das Gedicht des Schuftes Zickler nicht, welches ja auch die Spalten des „Vorwärts" zierte, dafür wollen wir sorgen und auch dem Proletariat beibringen, daß alles nur Dekoration ist in der Republik, vom obersten Repräsentanten an bis zum kleinsten Gemeindebullen in Französisch-Buchholz, und daß das Proletariat sich wirklich nicht um diese Dekorationsgebilde den Kopf zerbrechen braucht, sondern sich vermittels seiner Kampforgane, den revolutionären Betriebsorganisationen und den revolutionären Räten seine eigene Welt erkämpft.

Der Wettlauf beginnt

In Nummer 2 des „Proletarier" haben wir schon aufgezeigt, wo das deutsche Proletariat mit seiner neuesten Errungenschaft dem Zehnstundentag, landen wird und vor allen Dingen, welche internationale Wirkung derselbe auslösen wird. Sehr schnell trifft schon die Bestätigung ein, und zwar ist es Belgien, das den Weg der Arbeitszeitverlängerung einschlagen muß. So meldet Eca vom 25. Januar folgendes:

In der belgischen Kammer wurde beraten, ob der Vorschlag A. Devèze über die Anwendung des Achtstundentags in Erwägung zu ziehen sei. Vandervelde erklärte, daß die sozialistische Partei mit der letzten Energie diesen Vorschlag bekämpfen werde, der ein direkter Angriff gegen die von der Arbeiterklasse erworbenen Rechte sei. Im Namen der christlichen Demokraten schloß sich Hymans dieser Erklärung an. **Devèze betonte, daß es niemals in seiner Absicht gelegen habe, eine Verlängerung der Arbeitszeit der Industriearbeiter zu fordern oder gar einfach die Gesetzgebung von 1921 den nationalen Notwendigkeiten anpassen wolle. Es wurde beschlossen, den Vorschlag in Erwägung zu ziehen.**

* *

Genau wie bei uns, so schreibt der „Vorwärts". Ja, und genau dieselbe heuchlerische Haltung der Kapitalistinde in Belgien wie bei uns. Nein, wie überall, ist's richtiger. Also bei grundsätzlicher Anerkennung des Achtstundentages muß den nationalen Notwendigkeiten entsprechend unter Zugrundelegung der Gesetzgebung von 1921, die Arbeitszeit den gegebenen Verhältnissen angepaßt werden. Und genau wie bei uns, wird man den Vorschlag in Erwägung ziehen, um erst seine Zustimmung zu geben und dann nachher in Opposition zutreten. Die zwingende Notwendigkeit der andern Länder, den Konkurrenzkampf mit Deutschland in Bezug auf Verlängerung der Arbeitszeit eröffnet worden ist, aufzunehmen, ist im „Proletarier" schon des öftern erörtert worden.

Zum Tode Lenins

Nachdem bereits in voriger Nummer des „Proletarier" in einem Artikel „Lenin aus der Ferne" Lenins Stellung genommen worden ist, soll hier kurz auf seinen Lebensgang hingewiesen werden. Es ist dies allerdings schwer, infolge des beschränkten Raumes, da die Lebensgeschichte Lenins ja auch zugleich eine Geschichte der russischen revolutionären Bewegung, eine Geschichte der Russischen Kommunistischen Partei ist. Infolgedessen sei dies hiermit in aller Kürze getan.

* *

Wladimir Iljitsch Uljanow-Lenin (Lenin ist sein Schriftstellername) wurde am 10. April 1870 in Simbirsk geboren. Der Vater, ursprünglich ein Bauer arbeitete in der Wolgagegend als Direktor der Volksschulen und soll bei den Lehrern und der Bevölkerung in Stadt und Land sehr beliebt gewesen sein. Lenins ältester Bruder, Alexander, wurde 1887 wegen revolutionärer Propaganda hingerichtet. Bei seinem Abgang vom Gymnasium tritt Lenin in die juristische Fakultät der Universität Kasan ein. Die Universitäten der Hauptstädte waren ihm verschlossen. Doch nach einem Monat schloß man ihn aus der Universität aus, weil er an der revolutionären Studentenbewegung teilgenommen hatte. Erst nach vier Jahren konnte er sein Examen machen.

Die juristische Laufbahn brachte ihm keine Befriedigung, mit großem Humor hat er später von den wenigen Tagen seiner juristischen Praxis erzählt. In dieser Zeit steht Lenin an der Grenzschwelle zweier Generationen, zwischen den alten Sozialrevolutionären (Narodniki) und den modernen revolutionären Marxisten. Obwohl er schon mit einem Fuße im marxistischen Lager steht, nimmt er an dem Leben der revolutionären Studentenbewegung teil. Er lernt die Kämpfer Sofie Perowskaja und Jeljabow kennen, obwohl auf dem Boden der Narodniki, stehen sie für ihn auf unerreichbarer Höhe, weil sie die Fahne der Revolte entfalteten, sich mit Bombe und Revolver gegen den Zaren am Ende der 70er Jahre bewaffneten, sowie im Beginn der 80er Jahre, wo Rußland nur ein einziges großes Gefängnis war, als die russischen Arbeiter begannen sich zu einer Klasse zusammenzuschließen. Lenin sah die Aufgabe darin: wir müssen das begonnene Werk von Jeljabow fortsetzen, müssen revolutionäre Marxisten werden, müssen uns mit der Arbeiterklasse vereinigen, der einzigen revolutionären Klasse unserer Tage, die sich nicht befreien kann, ohne die ganze Welt zugleich zu befreien.

Um das Jahr 1895 beginnt Lenin mit noch einem Proletarier, Wassiljew-Jusch Babuschkin, in Petersburg mit der Organisierung der ersten Arbeitergruppen. Sie beide organisierten die ersten Streiks und arbeiteten an der Zeitschrift „Iskra" (der Funke). Babuschkin spielte auch in der Revolution von 1905 eine wichtige Rolle. Er wurde 1906 in Sibirien auf Befehl des Generals Rennenkampf erschossen.

Lenin gründet in Petersburg die Zeitschrift ausgeschlossen war, ging er nach Petersburg, um einen Marxisten zu finden. Diese waren jedoch damals sehr rar. Nach ein oder zwei Jahren schafft er hier die ersten Arbeiterversammlungen und zum ersten Male ein Kreis von marxistischen Intellektuellen. Durch eine Artikelserie über Oekonomie, die sich auch gegen die Narodniki wendet, wird er bald bekannt. (Er schrieb unter dem Pseudonym Ylin.) Lenin gründet bald in Petersburg die Kampfgemeinschaft zur Befreiung der Arbeiterklasse und gibt hier seine erste illegale Broschüre heraus. Mit leidenschaftlichem Charakter widmet er sich der Bewegung, seine Aufgabe war: jeden ökonomischen Konflikt zu einem politischen zu machen. Er arbeitet Tage und Nächte und wirkt bei den Arbeitern, die Intellektuellen nehmen ihn freudig auf, die Polizei verfolgt ihn. Er studiert die Werke Plechanows, kommt zu neuen Auffassungen und sieht, daß er gegen den Strom geht. Die Jahre sind ausschlaggebend für die Entwicklung bis zur Oktoberrevolution von 1917.

Am Ende der 90er Jahre muß er ins Exil gehen und arbeitet im literarischen Sinne. Seine Broschüre: Probleme der russischen Arbeiterklasse, die illegal erscheint, bringt neues Leben in die Bewegung. „Wir können nicht warten, wir haben die sofortige Aufgabe, schnellstens eine sozialistische Klassenpartei zu schaffen, um sofort den Kampf aufzunehmen gegen die Bourgeoisie und den Zarismus."

Während des Exils rechnet er mit den Narodniki ab in seiner wissenschaftlichen Arbeit: Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland. Er wendet sich insbesondere gegen die „legalen Marxisten", er sieht darin eine Verwässerung der revolutionären Theorie. „Bis jetzt haben wir gegen den Zaren und gegen die Bourgeoisie gekämpft, jetzt schaffen wir eine neue Front. Wir kämpfen auch gegen den legalen Marxismus. Wir wollen den ursprünglichen, den revolutionären Marxismus. Den kastrierten und legalisierten lehnen wir ganz entschieden ab." — Die „Iskra", an der Lenin ständig arbeitete, enthielt damals schon fast die ganze Quintessenz des Bolschewismus. In seinem Werk: „Was tun?" stellt sich Lenin im revolutionären Sinne die wichtigsten Probleme der Bewegung in dieser Zeit und beantwortet sie. Dies Buch hat die Spaltung in der russischen Arbeiterbewegung hervorgerufen. 1903 kämpft er gegen Opportunismus und den Oekonomismus (späteren Menschewiki): „Ihr seid, meine Herren Sozialrevolutionäre, die Vertreter des Kleinbürgertums und nichts weiter!" — Lenins „Iskra" führte nicht nur den revolutionären Kampf; sie leistet auch eine ungeheure organisatorische Arbeit. Lenins Frau ist Sekretärin der „Iskra" und des neugeblideten Organisationskomitees. Unter ungeheurer Arbeit stellt Lenin seine illegale Organisation zusammen. 1904 gründet er die erste bolschewistische Zeitung „Wpered" (Vorwärts), und 1905 findet der erste Kongreß der Bolschewiki statt. Die gesamte internationale Sozialdemokratie wandte sich damals gegen die Neugründung. Eisburg schrieb an unsere Arbeit die sei, die Revolution zu provozieren, in anderen Worten, den Bürgerkrieg heraufzuführen. Als nun Lenin nach Kriegsausbruch die Resolution wiederholt, wird er von überall aufs schärfste angegriffen und als Anarchist bezeichnet, selbst bei den Zimmerwaldern.

In den Jahren 1915 bis 1917, wo Lenin in der Schweiz lebte, hat er als erster versucht internationale Gruppen zusammenzubringen. Er war sehr erfreut, wenn es ihm nach mühevoller Arbeit gelungen war, bis 8 Proletarier zu gewinnen. Einmal war es ihm möglich sieben junge Proletarier in seine Organisation hineinzuziehen (er schrieb dies ganz begeistert in einem Brief an Sinojew), er habe sogar große Hoffnung auf einen achten Anhänger. Die schweizerische Sozialdemokratie hatte ihn, weil er mit seinem „zimmerwaldischen Anarchismus" die Arbeiterbewegung korrupiere. Er wurde als irrsinniger bezeichnet, was ihm amüsierte.

Im März 1917 kehrt Lenin nach Rußland zurück. Kerenski war am Ruder, Lenin tritt sofort mit voller Kraft dafür ein, daß die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat die einzige Frage sein kann, die gelöst werden muß. Lenin ermüde sich verborgen halten, die Verfolgungen setzten ein. Nach den Julirunoveregeisten, September 1917, wird er hier, ihn kein Aufschieben mehr: „Man muß die Macht ergreifen, eilligst, oder es wird vielleicht zu spät sein." Er beginnt öffentlich zu sprechen in Petersburg für den bewaffneten Aufstand. Kerenski erläßt gegen ihn einen Haftbefehl. Er aber schreibt und spricht für die sofortige Aktion.

Die Oktoberrevolution und die Rolle, die die KPR. in diesen Ereignissen gespielt hat, ist zu neunzehntel das Werk Lenins, wenn man überhaupt in revolutionären Zeiten von der Rolle einer Persönlichkeit sprechen kann und darf. — Bis zum 1. Kongreß der Kommunistischen Internationale (März 1919) sind wir mit Lenin gemeinsam den Weg gegangen. Nach dieser Zeit kommt die Periode, wo sich unsere Wege trennen. Der Lenin von 1924 ist nicht mehr der Lenin vor 1919. Für den Lenin aber, wie wir ihn kennen, aus der russischen Revolution von 1905, aus der Zimmerwaldbewegung mit seiner Parole des Bürgerkrieges, und „Alle Macht den Räten", und der russischen Oktoberrevolution von 1917, für diesen Revolutionär Lenin entblößen auch wir heute unser Haupt zu einem letzten Gruß.

„Zwischen Moskau und London"

Die Sozialdemokratie auf der Forschungsreise

Hin und wieder erscheint im „Vorwärts" so etwas wie ein Artikel, der sich mit dem „Sozialismus" befaßt wobei man sich des Eindrucks nicht erwehren kann daß diese „wissenschaftlichen" Ergüsse lediglich zu dem Zweck geschrieben sind, um den Lesern öfter ins Gedächtnis zurückzuführen, daß der „Vorwärts" eigentlich eine „sozialistische" Zeitung ist. Der letzte Versuch dieser Art ergriff die Gelegenheit des Todes Lenins beim Schopfe um die Frage „London oder Moskau" zu ventilieren, was nach einigen Betrachtungen über die Zeremonien der russischen Trauerfeier folgendermaßen geschah:

„Das arbeitende Volk Deutschlands muß für den Kampf gegen die Geldsackherrschaft seine eigenen, den Verhältnissen des Landes angepaßten Formen finden. Ist es aber vor die Frage gestellt, ob es sich dabei **mehr dem russischen oder mehr dem englischen Beispiel** annähern will, so kann ihm die Antwort nicht schwer fallen. Nicht das russische Agrarland mit seinen winzigen Industrieinseln, sondern nur das industriell-hochkapitalistische England kann dem industriell-hochkapitalistischen Deutschland das eigentliche Studier- und Probierland sein. Marx ging nach London, um die Gesetze der kapitalistischen Entwicklung zu erforschen und nicht nach Moskau. Wir mögen, menschlichen Empfindungen folgend, mit Rußland trauern, aber **von England können wir lernen!**

Wir können es und wir wollen es! Denn der deutschen Sozialdemokratie ist es niemals eingefallen, sich selbst als die Summe aller Unfehlbarkeiten anzupreisen. Sie besitzt keine Wissenschaft die alle in alleinseligmachende Glaubensformeln erstarrt ist. **Wohl aber hat sich sie der Reve in sich, nicht nur die Interessen des schlafenden Volkes gegen den Ansturm der kapitalistischen Herrenwillkür zu verteidigen, sondern auch das sozialistische und geistige Bedürfnis der Massen im Streben nach einer höheren Stufe menschlicher Entwicklung zu befriedigen.** Millionen fühlen es, daß in den sozialistischen Arbeiterparteien aller Länder Kräfte einander entgegenwachsen, die durch ihre vereinigung das Antlitz der Welt verändern werden. Und für alle Verfolgungen, alles Mißverständnis, das ihnen entgegengebracht wird, entschädigt sie das Bewußtsein, zu denen zu gehören von denen es einmal heißen wird, daß sie dabeigewesen sind!"

* *

Wir glauben daß man den Lesern und Anhängern, die diese Kost geduldig schlucken, noch etwas ganz anderes bieten kann. Denn wenn hier ganz nakt geschrieben steht, daß die Sozialdemokratie von England „lernen" will, so kann dies doch eigentlich nur bezeugen, daß die deutsche Sozialdemokratie ihre eigene Praxis zur Nachahmung zu empfehlen gar nicht den Mut hat, denn sonst müßte doch die englische Sozialdemokratie von der deutschen lernen: oder ist Deutschland ebenfalls ein „Agrarland mit seinen winzigen Industrieinseln"? Es scheint so, weil man es nicht zum „Studier- und Probierland" haben will — jetzt mit einem Male. Schon hier zeigte sich die Verbundenheit mit der eigenen Bourgeoisie, der man selbst keine Schwierigkeiten machen will, das sollen andere „ausprobieren" — die genau so denken. Hier zeigt sich schon in voller Reinheit die Demagogie der Sozialdemokratie in Bezug auf Ablehnung der Taktik der Bolschewiki. Man will den eigenen Bankrott und die eigene bodenlose Feigheit und moralische Verwahrlosung mit wissenschaftlich sein sollenden Floskeln verhängen, und zu gleicher Zeit eine Theorie für die eigene Taktik zusammenbrauen.

Was das revolutionäre Proletariat ablehnt, ist allerdings eine Taktik, die in rückständigen Wirtschaftsverhältnissen wurzelt und an diese gebunden ist. Jedoch nicht, um auf diesem Gebiete den **revolutionären Klassenkampf zu verzichten, sondern um den revolutionären Klassenkampfes selbst willen!** Aus diesem Grunde geht es für **uns** revolutionäre Proletarier **nicht darum, gern daß er einfach die Gesetzgebung von 1921 den nationalen Notwendigkeiten anpassen wolle. Es wurde beschlossen, den Vorschlag in Erwägung zu ziehen.**

Das revolutionäre Proletariat weiß, daß die Sozialdemokratie unter den „russischen Verhältnissen" stets die russische Revolution gemeint hat; ihr Verhalten gegen die „deutsche Revolution war trotz der „deutschen Verhältnisse" keinesfalls anders. Das revolutionäre Proletariat weiß ferner, daß die heutige Politik der III. Internationale echt sozialdemokratisch ist und erklärt dies aus den russischen Verhältnissen nicht alleine, sondern aus dem schleppenden Gang der Weltrevolution und dem sich aus dieser Lage sich ergebenden Widerspruch zwischen den Interessen Rußlands und denen des internationalen Proletariats. Es weiß zuletzt, daß, ganz gleich, wo die Revolution zuerst ihr Haupt erhebt, ganz gleich unter welchen „Verhältnissen", die sozialdemokratischen Hausknechte der Bourgeoisie, die erbittertsten Feinde der proletarischen Revolution sind, und danach behandelt werden müssen. Erklärlich, daß die Burschen, die gar nicht schlafen konnten, bevor das Ermächtigungsgesetz unter Dach und Fach, die Arbeiterklasse geknebelt am Boden lag, jetzt den Versuch machen, Forschungsreisen zwischen London und Moskau zu machen, um die Proletarier abzulenken von den eigenen Schandtaten, die für die nächsten Wahlen zu kodern; das alles wird den endgültigen Zusammenbruch dieser Sozialdemokratie nicht aufhalten und die Abrechnung nicht aufheben.

Moderne Gesellschaftskultur

Vor kurzem fand wieder einer der berühmten „Pressebälle" statt, über den ein Teilnehmer befehlsgemäß folgende Würdigung in der „D. A. Z." hineinschreibt:

„Seine Außenseite ist festlich, wie immer: Autokavalkaden, Frauen in Pelz und Seide, funkelnde Geschmeide, weiße Hemdbrüste der Kavaliere, Sekt, Musik, Tanzgewoge, Flirten und Lachen. Seine Kehrseite ist weniger erfreulich. Sie liegt nicht hinter den Bogenlichtergiaren. Sie liegt dunkel hinter den Kulissen des festlichen Schauspiels: hungernde und friierende Geistesarbeiter, Kulturträger am Armentisch des Daseins, schreibkundige Köpfe ohne Betätigungsmöglichkeit, gebildete Mitbürger, die Sorgen und sorgenvoll, der Schauplatz des Lebens beraubt. Ihnen Helligkeit, Erleichterung, Freude zu bringen, **dazu tanzt Berlin beim Presseball im Zoo. Die Opfer, die für einige Stunden der Lust von vermögenden Börsen gebracht werden, gelten ebenso erhabenen und notwendigen Zweck.** Das Ausland hat deshalb keinen Grund, Orgien deutscher Genußsucht zu verzeichnen. **Schließlich gibt es auch eine Gesellschaftskultur, die dem Feind zuliebe nicht verloren gehen darf."**

* *

Also merkt es Euch, Ihr Proleten: Wenn Ihr morgens in Lumpen gehüllt Eurer Ausbeutungsstätte zueilt, oder gar als Arbeitslose auf Kommando Eurer Gewerkschaften für fünf Pfennige die Stunde die Straßen fegt und Schnee schippt, während Eure Kinder daheim verhungern und erfrieren; und Ihr seht Eure Sklavenhalter von einer fidelen Nacht heimkehren mit Wein und Weibern: dann denkt an die Opfer, die diese Kulturträger für Euch gebracht haben, und überlegt einmal, was mit Euch geworden wäre, wenn diese opferbereiten Kulturträger nicht wären. Wer gar in einer solchen Gesellschaftskultur ein Haar findet, dem sei gesagt, daß er ein vollständig unkultivierter Mensch ist, wert, von seinem Ausbeuter mit der Reitpeitsche durchgehauen zu werden. Verreckende Proletarierkinder und schlemmende und perverse Hengste und Huren, die sich für erstere des Nachts ausziehen, sind etwas doch wirklich nicht verlangen: in anderen „Demokratien" ist man vielleicht noch nicht einmal so weit. Ebert und Genossen sind ebenfalls dabei gewesen, und dies ist doch schon Beweis genug dafür, daß alles in schönster Ordnung ist.

Wie bei den Indianern

Das Saalfelder „Volksblatt" ist vom Militärbefehlshaber in Thüringen, Generalleutnant Hasse, für 8 Tage verboten worden. Der Grund ist folgender. Anläßlich der Besetzung Sachsens und Thüringens durch die Reichswehr, die durch die Mithilfe der Sozialdemokratie erfolgte, hatten in den Ländern die „Kulturträger des Deutschtums" mindestens gerade Buffallo-Bill oder Texas-Jack gelesen; denn sonst könnte man den Bericht des Redakteurs Hofmann (SPD.) für einen gemachten halten. Derselbe erscheint als offizieller Bericht. Wir lassen wir den „Vorwärts" vom 18. Januar, abends, selbst sprechen: „Es war auffällig, daß die zahlreichen Verhaftungen ziemlich wahllos, jedenfalls aber nur auf Grund von Listen erfolgten, die von unverantwortlichen Stellen wohl vielfach nur zur Befriedigung niedriger Rachsucht zusammengestellt sein konnten. Gerichtsakten aus Saalfeld zeigten Spuren antisemitischer Tendenzen. Der Gerichtsoffizier sprach z. B. in einem Protokoll nicht von dem verhafteten B., sondern von dem Juden B.

Bei einem Transport Inhaftierter von Blankenburg nach Rudolstadt wurden 12 bis 14 Inhaftierte an die Pferde gebunden und dann in scharfer Gangart die Strecke von 10 Kilometern in knapp einer Stunde zurückgelegt. Weiter überprüfte Genosse Hofmann 40 bis 12 Fälle von angeblichen Mißhandlungen Schutzhaftgefangener in Saalfeld.

Bei Einsicht in die Protokolle hatte er den Eindruck, daß die Ableugnungsversuche der Reichswehrsoldaten der Wahrheit nicht entsprachen, daß vielmehr die behaupteten Mißhandlungen vorgekommen seien. Die sanitären Verhältnisse in den Arrestzellen von Blankenburg waren ganz unzureichend. Die Rücksprache mit den Schutzhäftlingen übertraf die schlimmsten Befürchtungen.

Es ergab sich folgendes:

1. Der bettlägerige Schutzhaftgefangene Tischendorf sagte aus, daß in Blankenburg am 26. Dezember bei einer Aufnehmung vor einem Unteroffizier mit einem Spamstock heftig geschlagen worden sei, daß er dann aber, als er aus Furcht, andernfalls seine und seiner Leidensgefährten Lage noch zu verschlimmern, unterschrieben habe, „stets gut behandelt worden zu sein."

2. Der ebenfalls bettlägerige Schutzhäftling Franke, 48 Jahre alt, ein durchaus ruhiger, infolge Rheumatismus wenig redender Mensch, gab an, er sei, weil er bei einem Verhör in Blankenburg für ihn zur Last gelegten Verpflegen nicht zugegeben habe, von dem **ihm vernehmenden Schreiber Langefeld viermal mit der Faust ins Gesicht geschlagen worden, so daß eine starke Blutung eingetreten sei. Dann habe ihm L. noch einen wuchtigen Schlag mit einem Stock über die linke Schulter gegeben, daß er fast zusammengebrochen sei.** Er habe sich sofort über die Mißhandlung beschwert. Ihm sei bis heute über den Erfolg seiner Beschwerde noch keine Mitteilung zugegangen. **Wie heftig diese Mißhandlung gewesen sein muß, ergibt sich daraus, daß dannach Hemd und Weste blutdurchtränkt, und daß noch jetzt, nach mehr als drei Wochen, die blutunterlaufene verfärbte Stelle am linken Auge zu sehen ist.**

3. Der ebenfalls bettlägerige Schutzhaftgefangene Dreßler, ein schwächlicher Mensch von 33 Jahren, ist infolge schweren Kopfschusses zu 80 Proz. Kriegsinvalide! Auch er erhielt von demselben Kompagnieschreiber Langefeld, da er ihm die unterstellten Vergehen nicht zugeben wollte, weil er sie nicht begangen hat, **zwei heftige Schläge ins Gesicht, und zwar mit solcher Wucht, daß er „fast ohnmächtig" wurde.** Auch er hat sofort Beschwerde geführt, aber ebenfalls die heute über den Erfolg derselben noch nichts gehört. Dieser letztere Fall erhält dadurch noch einen besonderen Beigeschmack als Dreßler angibt, derselbe Unteroffizier Langefeld, der ihn geschlagen habe, habe ihm am Tage vor seiner Verhaftung in Zivilkleidung und mit dem Sowjetstern am Rock (!) in seiner Arbeitsstelle, der Isola, aufgesucht und sich als Kommunist ausgegeben! Am Tage nach der Verhaftung sei dann dieser Langefeld in Uniform zu ihm in die Zelle gekommen und hätte ihn gefragt: „Kennen Sie mich noch?" was er, Dreßler, natürlich bejaht habe.

Dies nur eine gedrängte Uebersicht des Hofmann. Der offene Brief lautet dann wörtlich:

„Ich zog es vor, sehr geehrter Herr Minister, Ihnen diesen von Ihnen erbetenen Bericht über meine Wahrnehmungen öffentlich zu geben, weil das, was ich hier mitteilte, als oft bis ins höchste gesteigerte Gerüchte doch einer größeren Oeffentlichkeit bereits bekannt ist, durch die Veröffentlichung das Tatsächliche aber auf das richtige Maß zurückgeführt werden kann."

* *

Also nur, um die Bevölkerung zu beruhigen und die eine Bestie in Menschengestalt zur eventuellen Versetzung oder auch Beförderung zu bringen, damit alles wieder sein richtiges Maß hat, nur darum, Herr Minister, ist die Veröffentlichung erfolgt. Und wenn der „Vorwärts" in seiner Dummfreechheit schreibt, „Fort mit dem Zustand, unter dem solche Dinge möglich sind, fort mit dem militärischen Ausnahmezustand!" so wollen wir doch dem Proletariat es immer wieder in die Ohren schreien, daß diese selben Sozialdemokraten Sachsen und Thüringen zum Einmarsch nach Sachsen und Thüringen gegeben haben. Uebrigens, wenn wir uns nicht irren, haben wir nicht noch den Sozialdemokraten Ebert oben, ganz oben an der

Proletarier

Zeitschrift für Kommunismus

Nr. 9, Jahrgang 5 | Februar 1924 | Preis 0,15 Goldmark

Stinnesierung der Bahn und Post

Das Reichskabinett genehmigte in seiner gestrigen Sitzung den Entwurf einer Verordnung, durch die unter der Bezeichnung „Deutsche Reichsbahn" ein selbständiges, eine juristische Person darstellendes wirtschaftliches Unternehmen geschaffen werden soll, durch das das Deutsche Reich die in seinem Eigentum stehenden Eisenbahnen betreibt und verwaltet.

Auch der Entwurf des Postfinanzgesetzes sind die Bildung des Kabinetts. Durch diesen Gesetzentwurf soll der Reichspost- und Telegraphenbetrieb als ein selbständiges Unternehmen unter der Bezeichnung „Deutsche Reichspost" vom Reichspostministerium unter Mitwirkung eines Verwaltungsrats verwaltet werden.

Das Reichskabinett beschloß ferner, daß der Erholungsurlaub der Beamten für 1924 gleichmäßig um sieben Tage gekürzt werden soll und daß in Krankheitsfällen von Beamten nach dreitägiger Krankheitsdauer ein ärztliches Zeugnis einzureichen ist.

•

Den Proletariern, die nicht mit geschlossenen Augen durch die Republik wandern (viele schleichen nur noch), ist diese Verordnung keine Ueberraschung. Ebenfalls liegt es ganz in der Entwicklung der Geschichte, daß Bayern noch Separatrechte erhält. Ein militärischer Putsch ist wirklich nicht notwendig; es läßt sich alles viel bequemer mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes auf dem Verordnungswege machen. Ueber das Reichspostfinanzgesetz teilt der sozialdemokratische Parlamentsdienst noch folgendes mit:

„Die Neuordnung der Deutschen Reichspost, wie sie das Reichsfinanzgesetz vorsieht, macht den Post- und Telegraphenbetrieb zu einem selbständigen Unternehmen mit eigenem Vermögen, das vom Vermögen des Reiches vollständig losgelöst ist. An der Spitze des Unternehmens steht der vom Reichspräsidenten ernannte Reichspostminister, der dem Reichstag dafür verantwortlich ist, daß die Deutsche Reichspost den Gesetzen entsprechend den Anforderungen der deutschen Wirtschaft verwaltet wird. Dem Reichstag und dem Reichsrat ist jedes Jahr der Geschäftsbericht vorzulegen. In seinen Verordnungen ist der Reichspostminister an den Verwaltungsrat gebunden, der aus 17 Mitgliedern besteht, die vom Reichspräsidenten ernannt werden. Je vier Mitglieder werden vom Reichstag und vom Reichsrat, ein Mitglied vom Reichsfinanzminister und acht Mitglieder vom Reichspostminister vorgeschlagen. **Die Beamten der Deutschen Reichspost bleiben Reichsbeamte und behalten ihre wohlerworbenen Rechte.**

Die Eingliederung des bayerischen Reichspostgebietes wird **nach der von Bayern bereits erfolgten Zustimmung** in folgender Weise vorgenommen: Bayern erhält (ebenso wie Württemberg) an dem Vermögen der Reichspost ein Miteigentumsrecht, das 30 Proz. des in Bayern befindlichen Vermögens der Reichspost beträgt. Für das bayerische Gebiet wird ein eigener Staatssekretär bestellt, der vom Reichspräsidenten im Einverständnis mit der bayerischen Regierung ernannt wird. In derselben Weise erfolgt auch die Ernennung der Präsidenten der Oberpostdirektion in Bayern. **Der Staatssekretär leitet die Reichspost in Bayern durchaus selbständig** als Vertreter des Reichspostministers und trifft vorbehaltlich der Entscheidung des Verwaltungsrats alle erforderlichen Bestimmungen nach Maßgabe des Reichsfinanzgesetzes; auch die Personalverwaltung untersteht ihm. Dieser Staatssekretär und wenigstens drei Viertel der Mitglieder und Beamten der bayerischen Verwaltungsabteilung sollen die bayerische Staatsangehörigkeit durch langjährigen Aufenthalt in Bayern und den bayerischen Verhältnissen genau vertraut sein. **Die bayerische Verwaltung hat für den innerbayerischen Verkehr allein Zuständigkeit.** Finanzielle Ueberschüsse werden vom Verwaltungsrat an die Miteigentümer verteilt".

•

Daß an der Spitze des Unternehmens ein vom Reichspräsidenten ernannter Reichspostminister steht und dieser dem Reichstag verantwortlich ist, bedeutet natürlich nichts weiter als eine Spekulation auf das harmlose Gemüt des deutschen Michels, daß es eben doch noch Zweck hat, beim nächsten Wahlkampf den „richtigen" Stimmzettel in die geschlitzte Urne zu werfen, damit die Verantwortung gegenüber dem „Volk" darstellt. Man muß „sein Volk" doch wohl richtig kennen und auch demnach einschätzen. Während noch vor zwei Jahren sich alles aufbäumte, gegen die Loslösung der Bahnen und Post vom Etat, so ist jetzt im Zeichen des Abbaus und Umbaues die Erregung nicht allzu groß.

Wie hoch man die Bornierthheit der Plebejer in Uniform einschätzt zeigt so recht deutlich der Satz: „Die Beamten der deutschen Reichspost bleiben Reichsbeamte und behalten ihre wohlerworbenen Rechte."

Trotzdem voriner in der Verordnung bekanntgemacht wird, daß der Erholungsurlaub für 1924 gleichmäßig um sieben Tage

Schluss damit!

Wieder einmal nähern wir uns dem Tag, an dem das deutsche Volk sein Geschick selbst in die Hand nehmen soll. Der militärische Ausnahmezustand darf dabei nicht stören. Ist auch eine Situation geschaffen, die dem Proletarier gerade das Kärglichste gewährt, jeden Versuch aber, seine Lebenshaltung zu bessern, unweigerlich mit Arbeitslosigkeit, gleich Verhungern beantwortet, sind auch weite Kreise der Arbeiterschaft, ihres ihnen „verfassungsmäßig" zustehenden Koalitions- und Versammlungsrechtes schlanker Hand beraubt worden, kurz, ist die Lage des deutschen Proletariats diejenige eines Mannes, der in einen Brunnen gefallen ist und dessen Versuche, herauszukommen, ihn nur immer tiefer bringen, ein Trost ist ihm geblieben: es darf wählen. Und nicht nur: darf, nein, es m u ß wählen. „Wahlrecht ist Wahlpflicht", „Wer sich der Wahl enthält, begeht Verrat an seinem Vaterlande", vielleicht erinnert man sich dieser Plakate, die ohne Unterschrift vor vier Jahren an allen Ecken Berlins prangten. Höchst sonderbar! Bei einigen Nachdenken, muß man sich doch fragen: wer hat denn hier ein so großes Interesse daran, daß alle wählen? Daß hier auf das Wählen schlechthin solches Gewicht gelegt wird, gleichgültig wen? Die Regierung oder das Kapital kann doch kein Interesse daran haben, daß alle Arbeiter z. B. kommunistisch wählen? — Die Antwort auf diese Fragen gibt am besten das Zitat eines gewissen Sigmund Engländer, ein bürgerlicher Demokrat, der vor zirka 50 Jahren schrieb: „Wir wollen, daß die radikale Arbeiterschicht Deputierte in die Gesetzgebung entsenden kann. Bleiben die Vertrauensleute draußen, dann ist eine offene Kluft zwischen Gesetzeskörper und Volk, wohingegen auch die **schärfste Kritik** im Parlament **Zusammenwirken** ist zum Wohle aller Staatskörper." Das heißt mit anderen Worten: das Kapital h a t ein Interesse daran, die Vertretungen a l l e r Schichten des Volkes i n s e i n e m Parlament versammelt zu sehen. Das Kapital sieht lieber, daß die Arbeiter kommunistisch wählen, als daß sie erfüllt von Mißtrauen und Haß gegen die Einrichtungen des Kapitals beiseite stehen. Das Kapital zieht die „schärfste Kritik" auf jeden Fall der „offenen Kluft" vor.

Das Interesse des Kapitals an der allgemeinen Wahlbeteiligung wird noch klarer, wenn wir die Bedeutung des Parlaments innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung betrachten. Der Aufbau einer Volksvertretung in einer demokratischen Republik hat etwas Bestechendes in seiner Logik an sich. Gibt es etwa Gerechteres? Jedermann kann die Partei wählen, die seine Interessen am besten vertritt; in der Stärke der Parteien drückt sich also der Wille der Bevölkerung aus. Im Verhältnis ihrer Stärke setzt sich die Regierung zusammen, ergo, das Volk hat die Regierung, die es haben wollte. Diese Logik hat leider ein Loch. Bei der Betonung der politischen Gleichberechtigung übergeht sie großzügig die krasse Ungleichheit der wirtschaftlichen Verhältnisse. Ich will hier ganz absehen von den finanziellen Möglichkeiten der Beeinflussung, die dem Kapital, nicht aber dem Proletariat zur Verfügung stehen, absehen auch davon, daß jede Partei von vornherein nichts anderes ist als das bezahlte Instrument der hinter ihr stehenden Wirtschaftsgruppe. Worauf es ankommt, ist: daß innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft die Macht nicht durch Mehrheit der Stimmen, sondern durch die Mehrheit des Kapitals bestimmt wird. Wie in einem einzelnen Betrieb die Macht nicht bei den Betriebsräten, sondern immer noch beim Eigentümer des Betriebes liegt, so liegt im Staat die Macht nicht bei der Volksvertretung, sondern bei den Besitzern der Produktionsmittel, bei der Schwerindustrie, beim Bankkapital. Betriebsräte wie Volksvertreter haben nur das Recht, Ansprüche geltend zu machen, aber die Entscheidung über diese Ansprüche trifft die herrschende, d. h. besitzende Klasse. Die Transaktionen der Deutschen Bank, wodurch Tausende von Kleinbürgern zu Bettlern wurden, die Konzentrationsbestrebungen eines Stinnes, die halb Deutschland in ein Tributverhältnis zu ihm gebracht haben, die Börsenmanöver der Seissespekulanten, welche die Mark bis auf den Nullpunkt gedrückt haben, alle diese Dinge, die das wirkliche Leben eines Volkes angehen, spielen sich außerhalb des Parlaments ab und wären auch durch ein noch so wohlmeinendes Parlament gar nicht zu verhindern, da sie außerhalb seiner Einflußsphäre liegen. Die wahren Kämpfe, sowohl des Kapitals unter sich wie auch des Kapitals gegen das Proletariat, spielen sich also nicht in den Sitzungen und Redeschlachten des Parlaments, sondern im Direktionszimmer, an der Börse, im Betrieb und auf der Straße ab.

Das außerordentliche Interesse nun, welches die herrschende Klasse am Parlament und an den Wahlen nimmt, kann nicht in deren tatsächlicher Bedeutung liegen, die ja, wie ich gesagt habe, minimal ist. Dagegen eignen sich diese Institutionen ausgezeichnet dazu, das Interesse des Proletariats von dem eigentlichen Kampf abzulenken. Mit eben dieser bezwingenden Logik der Demokratie überzeugt man die Massen, daß das Parlament der einzig gegebene Platz sei, gegensätzliche Meinungen auszutragen, die Interessen der Klassen zu vertreten und Kritik an Bestehendem zu üben. Im sicheren Bewußtsein, daß im Parlament niemals etwas Ernsthaftes gegen seine Interessen geschehen kann, ist dem Kapital die Entsendung von Vertretern aller Parteien dorthin, auch und gerade der sog. radikalen, nicht nur erwünscht, sondern geradezu eine Lebensnotwendigkeit. Der noch nicht vom Wahlfimmel erfaßte Lenin hebt in „Staat und Revolution" (S. 13-14) hervor, „daß Engels mit der größten Bestimmtheit das allgemeine Wahlrecht als Waffe für die Herrschaft der Bourgeoisie bezeichnet". Es erübrigt sich zu betonen, daß auch der Ausfall einer Wahl, die Zusammensetzung des Parlaments und der Regierung, die Richtung der vertretenen Parteien sowie gar die Persönlichkeit der Gewählten völlig bedeutungslos ist, solange die Heiligkeit des Privateigentums die Grundlage des Staatswesens bildet.

Man erzählt, daß Taschendiebe künstlich einen Menschenauflauf erregen, indem einer von ihnen angestrengt gen Himmel sieht. Wenn dann die anderen ebenfalls hoch sehen, um zu entdecken, was es da oben gibt, raubt ihnen die Bande in aller Ruhe die Taschen aus. Mit genau dem gleichen Trick arbeitet das Kapital. Und so erklärt sich ohne weiteres, welches Interesse das Kapital daran hat, daß das Proletariat wie gebannt auf das Parlament und seine Vertreter starrt.

Aus alledem ergibt sich, daß jeder Wähler von vornherein der Dumme ist. Aber darüber hinaus bedeutet jede gültige Stimme auch eine Stärkung, **ein Bekenntnis zum kapitalistischen Staat.**

Damit kommen wir auf die Argumente derjenigen, die aus leicht begreiflichen Gründen ihre Beteiligung um jeden Preis rechtfertigen müssen und deren Beweisführung meistens in dem albernen Satz gipfelt: „Wenn das Wählen schon nichts nutzt, dann schadet es auch nichts." Abgesehen davon, daß eine Sache, die weder schadet noch nutzt, überflüssig ist, ist die Behauptung an sich auch völlig falsch. Der Schaden, den die Arbeiterbewegung durch ihre parlamentarischen Vertreter erlitten hat, läßt sich gar nicht in ein paar Sätzen ausdrücken. Das aber kann man mit ruhigem Gewissen behaupten: daß die Situation, in der sich das deutsche Proletariat heute befindet und die man ja nicht weiter zu beleuchten braucht, das Ergebnis einer 50jährigen **parlamentarischen** Taktik ist. Auf der Kreditseite steht Null. Das Proletariat ist nicht um eines Haares Breite weiter gekommen. Auf der Debetseite aber stehen die 50 Jahre, die in Redeschlachten und Wahlkämpfen, Kongressen und Resolutionen verzettelt wurden, die Millionen ungeheure und kostspielige Beamtenapparat der Parteien und Gewerkschaften, der die notwendige Ergänzung jenes parlamentarischen Systems bildet, und steht endlich als schwerster Posten die absolute geistige und politische Unmündigkeit und Hilflosigkeit des deutschen Proletariats. Die „praktischen" Ergebnisse der sozialdemokratischen Parlamentsarbeit im einzelnen zu zeigen, müssen wir uns für ein andermal aufsparen. Man kann sie in den Parteitagsberichten zwischen 1890—1914, am drastischen nach den großen Wahlsiegen 1893 und 1903, — suchen. Die Berichte enden alle auf den Refrain: Wir haben nichts erreichen können! Den Schaden, den diese Taktik angerichtet hat, läßt sich dagegen im einzelnen gleich feststellen. In erster Linie ist er psychologisch: ein Proletariat, das seine Interessenvertretung Advokaten und gelernten Rednern überträgt und sich selbst mit der Rolle des amüsierten Zuschauers begnügt, ist als revolutionärer Faktor von vornherein erledigt. Ueberall da, wo die Verhältnisse ein aktives Handeln der Arbeiter selbst verlangen, werden sie versagen, weil sie daran gewöhnt worden sind, parlamentarische Schaukämpfe als Ersatz für wirkliche Kämpfe anzusehen. Eine solche Arbeiterschaft hat schließlich auch gar nicht mehr die Initiative zum Kampf in sich, da sie in ihren bezahlten Angestellten die „berufenen Vertreter" sieht, die alles zum besten wenden. Und da die Vertretung der Arbeiterinteressen für diese Art Leute schließlich eine Existenzfrage ist, so liegt immer noch darin, das Proletariat in diesem Glauben zu erhalten, jede selbständige Regung zu ersticken, um sich als unentbehrlich hinstellen zu können. In zweiter Linie ist der Schaden organisatorisch: Ein Proletariat, das sich auf den Wahlkampf einläßt und Vertreter ins Parlament schickt, muß die zentralistische Partei als Organisationsform annehmen. Damit ist auf der heutigen Entwicklungsstufe sein Wert als revolutionärer Faktor gleichfalls entschieden. Es sinkt auch seien Führern gegenüber zum bloßen Objekt der Politik herab; zur bloßen Wählermasse, die nur noch bei Beitragszahlungen und gelegentlichen Demonstrationen aktiv wird.

Die bittere Wahrheit dieser Behauptungen hat die 50jährige unheilvolle Tätigkeit der Sozialdemokratie bewiesen. Daß trotz dieser augenscheinlichen und unwiderleglichen Gewißheit die KPD. diesen Weg unbeirrbar weitergeht, ist selbstverständ-

---

sein abbestellt worden. 250 Millionen Goldmark für die Erwerbslosenfürsorge seien ein Skandal. Die Einnahmen aus den staatlichen Holzverkäufen müßten erhöht werden.

•

Hier wird doch mit voller Offenheit ausgesprochen, was ist, nämlich der Etat duldet nicht mehr das Hinvegetieren und langsame Verrecken der Erwerbslosen, sondern das Wegsterben muß ganz entschieden schneller gehen. Das Proletariat hat sich immer wieder zu entscheiden zwischen Arbeitsgemeinschaft in den Parlamenten, d. h. langsamen aber sicheren Untergang in die Barbarei, oder durch kompromißlosen Klassenkampf sich zum Herrn der Gesellschaft aufzuwerfen. Ein Mittelding gibt es nicht.

Fälscher

Die „Republick", welche in Halle erscheint, veröffentlicht folgende Bericht aus Düsseldorf vom 25. Januar (PWC.):

Nach langem erbitterten Kampfe droht nun im Ruhrgebiet der Streik abzuflauen. Seitens der Betriebe werden durch Anschläge an den Straßenecken die Arbeiter aufgefordert, am 25. bzw. 28. Januar wieder die Arbeit aufzunehmen. Bedingung ist natürlich, sich zu einer zehnstündigen Arbeitszeit zu verpflichten. Die Kampflust der Arbeiter ist noch keineswegs gebrochen, doch fehlt es an den notwendigen Mitteln, den Streik fortzusetzen. Die Ausständigen waren nahezu drei Wochen lang ohne jede geldliche Unterstützung und sind daher erklärlicherweise sehr geschwächt. Auch die vom Ruhrkampf her Ausgesperrten sind jeder finanziellen Hilfe entblößt, da die einzelnen Betriebe regelmäßig die Aussperrung den zuständigen Fürsorgestellen anzeigten und von diesen so die Zahlung von Erwerbslosenunterstützungen unterbunden wurde. Die Sammlungen der Gewerkschaften im Reiche, sowie ausländischer Freunde ergaben nur soviel, daß gerade die allernotwendigsten Lebensmittel beschafft werden konnten. Während der Metallarbeiterverband zur Wiederaufnahme der Arbeit mahnt, tritt die Zentralstreikleitung für ein Ausharren im Kampfe ein. Dieser Institution, die sich aus zwei Sozialdemokraten, zwei Kommunisten, **zwei Mitgliedern der Kommunistischen Arbeiter-Partei** und zwei Syndikalisten und Unionisten zusammensetzt, fehlt aber infolge des Gegengewichtes der Gewerkschaften die nötige Autorität. Zudem besteht die Gefahr, daß die Arbeiter, die im Streik verharren, nie mehr Beschäftigung finden können.

In industriellen Kreisen rechnet man überhaupt nur mit einer Wiedereinstellung von 50 bis 60 Prozent der bisherigen Arbeiterschaft. Und auch diese wird man nicht voll beschäftigen können, da sich ein nicht unerheblicher Mangel an Aufträgen und notwendigen Rohmaterialien bemerkbar macht. Die Vorräte, besonders an Schrot, die vorhanden waren, sind größtenteils von der Besatzungsbehörde beschlagnahmt worden und neue lassen sich vorderhand nicht beschaffen. Man rechnet damit in der Eisen verarbeitenden Industrie den Betrieb noch etwa zwei bis drei Wochen aufrecht halten zu können, um dann sogenannte Kurzarbeit einzuführen.

•

Wir haben im „Proletarier" schon öfter die Stellung der KAPD. zu diesen Kämpfen in ganz Deutschland um den Achtstundentag klargelegt. Im besonderen zu den Kämpfen im Ruhrgebiet nahm der „Proletarier" Nr. 7 Stellung. Diese Stellungnahme ist die Grundlinie der Kommunistischen Arbeiter-Partei und alle ihre Mitglieder bewegen sich in dieser Richtung unter dem kämpfenden Proletariat. Da nun schon des öfteren solche Machenschaften, indem man, um der Körperschaft eine recht große Plattform zu geben, Namen anderer Organisationen mit hinzuzog, sich als Fälschung erwiesen haben, so kann es auch hier nichts anderes sein. Mitglieder der KAPD., die sich an einer Streikleitung zur Erhaltung der letzten Novembererrungenschaft, dem Achtstundentag beteiligen, sind nicht mehr Mitglieder dieser Organisation, sondern gehören in den riesigen, großen Sumpf der reformistischen Illusionen, aus dem das Proletariat nur durch den härtesten Anschauungsunterricht herauskommt.

Nicht um Linderung der Knechtschaft geht es, sondern um die Beseitigung derselben, darum nicht Streikleitungen, sondern Aktionsausschüsse aus dem Klassenwillen des Proletariats geschmiedet zur Eroberung der Produktion und der politischen Macht, unter der das Proletariat einigenden Parole: „Alle Macht den Räten!"

Zentralarbeitsgemeinschaft auf Abbau

Der fromme Wunsch von räsonierenden Bürgern, die sich zum Hohn der Geschichte Sozialdemokraten (Anhänger von Marx) nennen, so recht schiedlich, friedlich mit dem Kapital als Vertreter der Arbeit an einem Tisch sitzen zu können, um in holder Gemeinschaft dem Kapital den Profit zuzusprechen, nur nicht so groß und dem Proletariat etwas abzugeben von dem Profit, damit beide leben können und eitel Lust und Wonne auf Erden sei, hat sich nun doch, sogar nach Ansicht der Generäle des ADGB. als ein frommer Wunsch, nein, sogar als eine sachliche organisatorische Unmöglichkeit erwiesen.

Doch trotz alledem will man ja nicht gleich ganz verschwinden, sondern dies Abkommen vom 15. September 1918, welches zwischen der Bourgeoisie und dem Kleinbürgertum, den Gewerkschaften getroffen wurde in dem Augenblick, wollte beide Gruppen — Kapitalisten nebst ihren kriegsbegeisterten und kriegsdurchhaltenden Lakaien im wahrsten Sinne des Wortes dicke Luft war, oder werden konnte, soll aufrechterhalten bleiben von wegen seiner sozialistischen Zugeständnisse und auch noch wegen seines Ausschlusses der wirtschaftsfeindlichen Organisationen. Doch man muß schon beides, nämlich die Resolution des Bundesausschusses sowie die Erläuterungen des „Vorwärts" dazu lesen, um alles zu verstehen, macht doch der „Vorwärts" schon gleich wieder Vorschläge für die neu zu bildende ZAG., wenn auch noch in verschleierter Form. Wir lassen beides folgen:

„Der Bundesausschuß bekennt sich aufs neue zu dem in der Verfassung niedergelegten Grundsatz der gleichberechtigten Mitwirkung der Arbeitnehmer in wirtschaftlichen Fragen. Er ist sich bewußt, daß damit ein Zusammenwirken mit dem Unternehmertum ebenso unvermeidlich ist wie bei der gemeinsamen Regelung der Arbeitsverhältnisse in der Tarifgemeinschaft.

Unbeschadet dieser grundsätzlichen Auffassung beauftragt der Ausschuß den Bundesvorstand, sein Verhältnis in der Zentralarbeitsgemeinschaft zu lösen. Die Zentralarbeitsgemeinschaft hat sich organisatorisch und sachlich außerstande gezeigt, die ihr zufallenden Aufgaben zu erfüllen. Insbesondere hat sie nicht verhindern können, daß weite Kreise der Unternehmer wirtschaftlich und moralisch eine Haltung einnehmen, die unvereinbar mit dem Geist und den Vereinbarungen der Arbeitsgemeinschaft ist. Unter diesen Umständen ist die Aufrechterhaltung der Zentralarbeitsgemeinschaft nicht möglich.

Der Ausschuß nimmt zustimmend Kenntnis von den Bemühungen des Bundesvorstandes, die Wahrnehmung der wirtschaftspolitischen Vertretung der Arbeitnehmer auf andere Weise zu regeln. Er bevollmächtigt ihn, diese Bemühungen fortzusetzen."

Dann heißt es weiter:

„Der Bundesvorstand des ADGB. hatte die Zentralarbeitsgemeinschaft schon seit dem Abstimmungsergebnis des Leipziger Gewerkschaftskongresses, das nur eine geringe Mehrheit der vertretenen Mitglieder auf die von ihm vorgelegte Entschließung vereinigte, aufgegeben und war seither bemüht, sie durch ein Abkommen abzulösen, das die der ZAG. übertragenen Vorschlagsrechte für die Benennung der Mitglieder öffentlicher Körperschaften auf andere Organe überleitet. Als solche Organe waren Vertretungen der Spitzenverbände der Arbeitgeber einerseits und der Arbeitnehmer andererseits gedacht, die unabhängig voneinander solche Vorschläge machen. Das erfordert auf seiten der Gewerkschaften ein ständiges Zusammenwirken ihrer Spitzenverbände, das auch aus anderen Gründen erforderlich erscheint. **Nach dem Abgang der Zentralarbeitsgemeinschaft besteht die Verbindung vom 15. November 1918 ruhig weiter. Sie hängt mit der ZAG. nicht zusammen, sondern ist ein Vertrag, der lediglich aus sich selbst heraus zu beurteilen ist. An diesem Vertrag sind alle Spitzenverbände der Gewerkschaften in gleichem Ausmaß interessiert, sowohl wegen der sozialpolitischen Zugeständnisse, die er enthält, als auch insbesondere wegen des Ausschlusses der wirtschaftsfriedlichen Organisationen.** Die Auffassung mancher Arbeitgebervertreter, daß das Novemberabkommen mit dem Ende der ZAG. erledigt sei, ist durch nichts begründet. Solange keine Kündigung vorliegt und die dreimonatige Frist abgelaufen ist besteht das Abkommen unangetastet fort. Zu gemeinsamer Abwehr gegen alle Versuche, die Gewerkschaftsfront zu durchbrechen, müssen die an dem Novemberabkommen beteiligten Gewerkschaftsrichtungen zusammenwirken und sich eine gemeinsame aktionsfähige Vertretung schaffen, auf die dann alle Vorschlagsrechte der früheren ZAG. unschwer übergeleitet werden können. Das sollte bald geschehen."

Daß es übrigens noch wirtschaftsfriedliche Organisationen als die sogenannten „freien" Gewerkschaften gibt, wagt wohl niemand zu behaupten. Es sei denn ein Schwachsinniger.

•

Einiges über die letzte Novembererrungenschaft

In Merane (Sachsen), einer alten sozialdemokratischen Hochburg, ist es ohne Widerstand dazu gekommen, den Zehnstundentag in der ganzen Textilindustrie einzuführen.

•

Die Lohnverhandlungen in der Chemischen und Gummiindustrie in Hannover endeten mit einer Lohnkürzung **bis zu 25 Prozent.**

•

Der Zehnstundentag ist nunmehr auch in Aisleben, und zwar in der Stadtmühle, zur Einführung gelangt. Die Belegschaft hat sich infolge des auf sie ausgeübten Druckes gezwungen gesehen, sich der Forderung vorläufig zu fügen, da andernfalls der Hinauswurf drohte, der den Familienvätern viel Not und Entbehrung gebracht hätte. **In geeignetem Zeitpunkt werden die Arbeiter sich den Achtstundentag zurückholen.**

•

Folgender Aufruf paßt auch noch in diesen Rahmen hinein:

Seit einigen Wochen befinden sich die mitteldeutschen Metallarbeiter in einem schweren Kampfe. Es gilt, den Lohnabbau abzuwehren und den Achtstundentag zu erhalten. Wohl noch nie wurde ein Kampf unter so schlechten Verhältnissen geführt. Dieser Kampf aber ist nicht nur ein Kampf der mitteldeutschen Metallarbeiter, sondern ein Kampf für die gesamte arbeitende Bevölkerung. Die Niederlage der Metallarbeiter ist gleichbedeutend mit einer Niederlage der gesamten Arbeiterschaft.

Darum, Klassengenossen, übt Solidarität! Spendet reichlich, damit der Kampf finanziert werden kann. Alle noch in Arbeit stehenden Klassengenossen müssen helfen und die Sorge Arbeit stehenden Klassengenossen müssen helfen und die Sorge der Kämpfenden um ihre Familie abnehmen. Speiset die Kinder unserer Streikenden. Jeder nehme ein Kind an seinen Tisch, damit die Not gelindert wird und die Streikenden in der Lage sind, **den Kampf bis zu Ende durchzuführen.**

Gebt schnell und reichlich!

Uebt proletarische Solidarität!

Sozialpolitischer Ausschuß für Halle-Merseburg.

Das Ende dieses Kampfes ist natürlich auch dem sozialpolitischen Ausschuß für Halle-Merseburg nicht unbekannt; denn nach einem vierzehntägigem oder sogar dreiwöchentlichen Hungerstreik unter gewerkschaftlicher Disziplin, kann eben nur das „Zukreuzkriechen übrig bleiben. Doch geht nichts über das Hungerstreik unter gewerkschaftlicher Disziplin, kann eben nur das „Zukreuzkriechen übrig bleiben. Doch geht nichts über die Hoffnung des deutschen Michels, na, wartet man, es kommt ja wieder mal ne bessere Zeit, dann wollen wir aber dem Kapitalisten zeigen, was 'ne Harke ist.

Vielen wird aber inzwischen die Luft alle werden.

Ausland

Der Eisenbahnerstreik in England

Die englische „Arbeiterregierung" steht sich in dem Moment, wo sie beweisen soll, daß sie die Interessen der englischen „Nation" besser zu vertreten in der Lage ist, wie irgend eine andere, einem Streik der Eisenbahner gegenüber. Streik ist eben Streik, die Erfahrungen mit zur Verfügung gestellt. Dieser Geist erfüllt uns nicht nur mit Stolz um unser Vaterland, sondern läßt uns fühlen, daß, welche Wechsel oder Schwierigkeiten auch eintreten mögen, unser altes Vaterland sie stets überdauern wird. Ich hoffe, daß in den kommenden Jahren die Nachfolger der jetzigen Regierung von ihr werden sagen können, daß wir nichts getan haben, um jenes britische Reich zu schwächen, auf das wir alle so stolz sind. **Ich habe das Amt mit Stolz und Dankbarkeit angenommen; mit Stolz, weil ich das Amt, die Tage zurückblicken kann, in denen ich als neunjähriger Gassenjunge umherirrte, mit Dankbarkeit gegenüber einer Vereinigung, die es ermöglicht, daß ein Maschinenputzer von gestern heute Minister werden kann. Eine so wenputzer von gestern heute Minister werden kann. Eine so wenig herzige und demokratische Verfassung muß geschützt werden, und jenes Reich daß hinter dieser Verfassung steht, muß erhalten bleiben."**

Die Schwierigkeiten der Arbeiterregierung.

London, 28. Januar. (Eigener Bericht des „Vorwärts".) Während verschiedene Anzeichen dafür sprachen, daß der Lokomotivführerstreik infolge der vermittelnden Tätigkeit des Generalrats der Gewerkschaften und des Arbeitsministeriums in den nächsten Tagen beigelegt werden könnte, **droht für diese Woche bereits wieder der Ausbruch eines neuen großen Ausstandes. Unter den Dockarbeitern gärt es wegen der beharrlichen Weigerung der Arbeitgeber, die Mindestlöhne um zwei Schilling täglich zu erhöhen.** Eine Konferenz der Hafenarbeitervertreter aus dem ganzen Lande ist für Dienstag zusammenberufen. **Die allgemeine Stimmung unter den hier eingetroffenen Delegierten ist für den Streik, der allein in London etwa 100 000 Arbeiter berühren würde.**

•

Der Dockarbeiterstreik scheint Tatsache zu werden. Die Dockarbeiter haben am Dienstag beschlossen, am 16. Februar in den Ausstand zu treten, falls bis dahin ein befriedigendes Abkommen mit den Arbeitgebern nicht erzielt ist. Um zu zeigen, was für ungezogene Rüpel diese Dockarbeiter sind, läßt der „Vorwärts" vom 30. Januar vernehmen, daß diese im Gegensatz Sommer sogar gegen den Willen ihrer Gewerkschaft streikten, ist doch einfach unerhört, solche Selbständigkeit.

Verantw.: Sängebusch, Köln. — Herausg. von der KAPD.
Druck: Karl Borgmann, Berlin.

Aus dem Paradies des Kleinbürgers

Der Patriotismus der Arbeiterpartei.

London, 28. Januar. (Eigener Bericht des „Vorwärts".) Auf einem Bankett der australischen Gesellschaft in London zu Ehren des Prinzen von Wales sprach nach diesem der neue Kolonialminister J. H. Thomas und führt aus: „In den letzten fünf Tagen hat dieses Land eine Art von unblutiger Revolution erlebt. Der große Wechsel ist ohne jede Erschütterung und Unruhe erfolgt. Die britische Handels- und Finanzwelt haben weiter gearbeitet, als wäre nichts geschehen. **Am allerwenigsten durch den Regierungswechsel beunruhigt waren aber der Prinz von Wales und sein glorreicher Vater, der König, weil sie wollten, daß der Patriotismus und die Liebe zum britischen Reich, der Dienst und die Pflicht zum Reich nicht die Sache oder das Monopol einer bestimmten Klasse oder eines bestimmten Bekenntnisses ist.** Das ist es, wenn dieser große Wechsel nichts weiter bedeutet, daß dieses alte Land und dieses alte Reich einfach fortbestehen. Mein Vorgänger im Kolonialamt, der Herzog von Devonshire, hat trotz der politischen und sozialen Unterschiede, die uns trennen, bereitwilligst seine Dienste und Erfahrungen mir zur Verfügung gestellt. Dieser Geist erfüllt uns nicht nur mit Stolz um unser Vaterland, sondern läßt uns fühlen, daß, welche Wechsel oder Schwierigkeiten auch eintreten mögen, unser altes Vaterland sie stets überdauern wird. Ich hoffe, daß in den kommenden Jahren die Nachfolger der jetzigen Regierung von ihr werden sagen können, daß wir nichts getan haben, um jenes britische Reich zu schwächen, auf das wir alle so stolz sind. **Ich habe das Amt mit Stolz und Dankbarkeit angenommen; mit Stolz, weil ich das Amt, die Tage zurückblicken kann, in denen ich als neunjähriger Gassenjunge umherirrte, mit Dankbarkeit gegenüber einer Vereinigung, die es ermöglicht, daß ein Maschinenputzer von gestern heute Minister werden kann. Eine so wenig herzige und demokratische Verfassung muß geschützt werden, und jenes Reich daß hinter dieser Verfassung steht, muß erhalten bleiben."**

Die Schwierigkeiten der Arbeiterregierung.

London, 28. Januar. (Eigener Bericht des „Vorwärts".) Während verschiedene Anzeichen dafür sprachen, daß der Lokomotivführerstreik infolge der vermittelnden Tätigkeit des Generalrats der Gewerkschaften und des Arbeitsministeriums in den nächsten Tagen beigelegt werden könnte, **droht für diese Woche bereits wieder der Ausbruch eines neuen großen Ausstandes. Unter den Dockarbeitern gärt es wegen der beharrlichen Weigerung der Arbeitgeber, die Mindestlöhne um zwei Schilling täglich zu erhöhen.** Eine Konferenz der Hafenarbeitervertreter aus dem ganzen Lande ist für Dienstag zusammenberufen. **Die allgemeine Stimmung unter den hier eingetroffenen Delegierten ist für den Streik, der allein in London etwa 100 000 Arbeiter berühren würde.**

•

Der Dockarbeiterstreik scheint Tatsache zu werden. Die Dockarbeiter haben am Dienstag beschlossen, am 16. Februar in den Ausstand zu treten, falls bis dahin ein befriedigendes Abkommen mit den Arbeitgebern nicht erzielt ist. Um zu zeigen, was für ungezogene Rüpel diese Dockarbeiter sind, läßt der „Vorwärts" vom 30. Januar vernehmen, daß diese im Gegensatz Sommer sogar gegen den Willen ihrer Gewerkschaft streikten, ist doch einfach unerhört, solche Selbständigkeit.